

Die „Freie“ erscheint täglich einmal als Morgenzeitung und Montag als Abendzeitung mit den Unterhaltungsbeilagen „Brieftauben“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk. Im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Fernsprecher-Nr. 2021. Post-Nr. 1970, 1971 und 1972. Verlag und Exped. Berlin NS 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die großformatige Nonpareille oder deren Raum kostet Mk. — Mk., einschließlich Anzeigenpreis. Kleine Anzeigen: Das selbstdruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigenpreis. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Besuche 1.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Besuche in Wort-Anzeigen: das selbstdruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk. Redaktion: Fernsprecher-Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Die Freie

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Noch keine Entscheidung in London

Rabineffsitzungen in London und Paris

Der weitere Verlauf der Londoner Konferenz hat eine Klärung nicht gebracht. Die Presseäußerungen deuten sogar auf Sturm. Aber die Folgen eines solchen Sturmes würden doch so verheerend sein, daß er alle scheitern muß, die jetzt zusammenkommen, ihn zu verhindern. In London sowohl wie in Paris traten die Kabinette zusammen, um ihre Vertreter mit den Weisungen zu versehen. Von London sowohl wie Paris wird über Unnachgiebigkeit der Kabinette berichtet. Dazwischen kursieren auch Meldungen, die auf den ernststen Willen schließen lassen, das Schlimmste, das Ausschlagen der Konferenz oder gar den Bruch der Entente zu verhindern. Da dies in der Tat im ureigensten Interesse aller an der Londoner Konferenz beteiligten Mächte liegt, wird es auch sicher zu irgendeinem Kompromiß kommen. In was für einem, das allerdings ist nicht vorauszuweisen. Es liegt wirklich kein Grund zu optimistischen Hoffnungen für eine Deutschland erträgliche Entscheidung vor. Dazu ist in Frankreich die geistige Umstellung noch nicht weit genug gediehen. So verhängnisvoll das auch für die Entwicklung der Wirtschaft aller Länder werden muß, so wenig läßt sich die französische Auffassung als Machtfaktor gegenwärtig ausschalten. Nichtsdestoweniger ist auch in Frankreich ein wenn auch nur ganz allmählich fortschreitendes Einlenken zu konstatieren. Darauf werden die Konferenzmächte bauen und ihrer selbst willen bauen müssen.

Das englische Kabinett hinter Lloyd George

(E.) London, 10. August. Der englische Ministerrat trat heute nachmittag um 3 Uhr zusammen und tagte bis um 6 Uhr. Seine Beratungen waren durch die Ergebnisse des französischen Ministerrates beeinflusst. Bestimmte Mitteilungen über den Verlauf des englischen Ministerrates lassen sich im Augenblick noch nicht machen. Alle Minister mit Ausnahme von Churchill und Balfour waren anwesend. Sowiebel verläutet jedoch sehr bereit, daß Lloyd Georges Haltung auf der Konferenz vom Kabinett einstimmig gebilligt wurde. Infolgedessen erscheint die Situation unösbar und es mühte lokaliterweise zu einem Bruch kommen, sofern nicht der belgische Ministerpräsident Theunis Erfolg hätte in seinen Bemühungen, die beiden gegenüberliegenden Ministerpräsidenten auf ein gemeinsames Terrain zu bringen. In belgischen Kreisen gibt man der Ueberzeugung Ausdruck, daß solche Versuche erfolgreich sein würden. Theunis bemüht sich insbesondere in der Richtung, daß England Gegenwortschläge entweder selbst oder durch Vermittlung eines anderen Alliierten erhalten soll. Diese Gegenwortschläge könnten als Grundlage zu neuen Erörterungen dienen und der sofortige Bruch könnte vermieden werden.

Der französische Ministerrat unnachgiebig

(E.) Paris, 10. August. Das nach dem Schluß des heutigen Ministerrates ausgegebene Communiqué lautet: Der Ministerrat beirath die auswärtige Lage. Er nahm Kenntnis von den seit drei Tagen gewechselten Telegrammen und gab dem Ministerpräsidenten durch ein Telegramm, das am Schluß der Sitzung abgefaßt wurde, seine Anshauungen und seine einstimmige Billigung bekannt. Dieser offiziellen Mitteilung fügt der Temps hinzu: Der Ministerrat hat dem Ministerpräsidenten zu der Art und Weise beglückwünscht, in der er die Verhandlungen in London führte. Er empfiehlt den von der Regierung eingenommenen Standpunkt (sein Moratorium ohne produktive Pfänder) aufrecht zu halten. Nachdem die verschiedenen Pfänder, die vorgeschlagen wurden, geprüft worden waren, belieh der Ministerrat dem Ministerpräsidenten, dem er sein volles Vertrauen ausdrückte, die notwendige Freiheit, in diesem oder jenem besonderen Punkt.

(E.) London, 10. August. Poincaré erklärte heute Journalisten gegenüber, daß man wahrscheinlich zu einem Abkommen gelangen werde, daß die Besprechungen aber von ihrem Ende noch weit entfernt seien. Sollte es jedoch zu keinem Einvernehmen kommen, so würde er seine volle Handlungsfreiheit aufnehmen und tatsächlich handeln. Die Erörterungen der Sachverständigen seien schwieriger gewesen als die, die er mit Lloyd George gehabt habe. Poincaré fügte hinzu, daß er sich bemüht habe, den Charakter von Sanktionen bei seinen Vorschlägen zu vermeiden. Er habe nur solche Pfänder verlangt, die von Frankreich allein nicht erfüllt werden könnten.

Weitere belgische Vermittlungsversuche

(E.) Paris, 10. August. Der „Temps“ behauptet, aus London erfahren zu haben: Um 12.30 Uhr begab sich der belgische Ministerpräsident Theunis zu Lloyd George, mit dem er sich bis in die Mittagsstunde unterhielt. Der belgische

Plan, der auf eine Verwirklichung jener Maßnahmen abzielt, die eher den Charakter von produktiven Pfändern als von Sanktionen besitzen, scheint bei dieser Unterhaltung Gegenstand der Beratung gewesen zu sein. Man wird jedoch einen gemeinsamen Boden für die Erörterungen erst nach dem englischen Ministerrat am heutigen Nachmittag abstecken können. Der italienische Finanzsachverständige Gianini begab sich gleichfalls in die Downing Street.

Auf dem Wege der Verständigung

(E.) Paris, 10. August. Nach dem Londoner Korrespondenten des „New York Herald“ soll zwischen Lloyd George und Poincaré ein Einverständnis in der Richtung erzielt worden sein, daß die Konferenz ihre gesamten Arbeiten der Reparationskommission übertrage und dieser die Gewährung eines Moratoriums freistellen würde, sofern die Reparationskommission ein solches für nötig erachten würde. Dieses Moratorium würde durch eine abgeänderte Form der von Poincaré vorgeschlagenen produktiven Pfänder garantiert werden. Es verlannt, daß die Reparationskommission sich bereits zugunsten eines Moratoriums ausgesprochen habe. Die „Ere Nouvelle“ glaubt zu wissen, daß Mitterand die Haltung Poincarés in London mißbilligt und eine gemäßigtere Politik verlangt habe.

Die Reparationskommission ausschlaggebender Faktor

(E.) Paris, 10. August. Aus London meldet Havas: Zu Kreisen der Konferenz erklärt man einstimmig, daß die Lage ernst sei, doch glaubt man in englischen und italienischen Kreisen, daß eine Uneinigkeit unter den gegenwärtigen Umständen, ohne von den Rückwirkungen zu sprechen, die diese auf die französisch-englischen Beziehungen haben könnten, keine praktische Tragweite haben würden. Wenn eine gemeinsame Lösung von den alliierten Ministerpräsidenten nicht angenommen würde, so hätte die Reparationskommission eine endgültige Entscheidung zu treffen. Es sei wahrscheinlich, daß dort eine Majorität zustande käme, um trotz der Opposition Frankreichs Deutschland ein Moratorium zu gewähren.

Moratorium — Neue Konferenz

(WZ.) London, 10. August. Evening Standard zufolge unternimmt Lloyd George anstrengte Versuche, um eine Regelung zustande zu bringen. Er blieb heute in enger Fühlung mit Poincaré und den Häuptern der übrigen Delegationen. Es wird erklärt, daß die Grundlage dieser Besprechungen der Plan sei, Deutschland ein zeitweiliges Moratorium zu gewähren, um über den 15. August, dem Zeitpunkt der nächsten Zahlung, hinüberzukommen, und daß die Sachverständigen versuchen werden, einen Bericht in der Art des Berichtes der Reparationskommission zu verfassen. In einer neuen alliierten Konferenz, die gegen Ende dieses Monats oder Anfang September stattfinden soll, soll dieser Bericht unterbreitet werden. Wenn eine neue Konferenz beschlossen werden sollte, so werde sie wahrscheinlich außerhalb Englands stattfinden. Siehe auch 2. Seite.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern

(DA.) Berlin, 10. August. Die Besprechungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation wurden heute um 1 Uhr mittags abgebrochen, da einzelne Punkte noch durch besondere Resorptionsberatungen erledigt werden mußten. Die Resorptionsberatungen haben um 3 Uhr begonnen und um 5 Uhr wird das Kabinett wiederum mit der bayerischen Delegation zusammentreffen. Trotz dieser Verzögerung hofft man, die schwebenden Fragen noch heute erledigen zu können.

(WZ.) Berlin, 10. August. Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung worden heute abends abgeschlossen. Das Ergebnis wird morgen vormittag in einer Schlussitzung festgelegt werden.

Rückzug der Griechen

(WZ.) Konstantinopel, 10. August. (Havas.) Der kommandierende General der Gendarmerie von Konstantinopel meldet, daß die griechischen Truppen in der Nähe der Demarkationslinie bei Eskatalscha den Rückzug antreten. Die Abteilung des Sektors Strandtscha steht sich gegen Adrianopel, die des Abschnitts von Eskatalscha gegen Sillvri zurück und die schweren Geschütze von Torna werden nach Adrianopel geschafft.

Zum 11. August

Von Paul Levi.

Als am 31. Juli 1919 die Nationalversammlung in Weimar die Verfassung beschloß, stimmte unsere Partei gegen die Verfassung. Sie hat sie abgelehnt ob der Mängel, die sie in sich hatte. Sie wollte nicht, daß eine neue Verfassung des deutschen Volkes auch nur Reste der alten Kleinstaaterei mit sich schleppe. Sie wollte, daß Deutschland ein Reich sei und bleibe. Sie wollte, daß die Verfassung demokratisch sei bis in die Spitze, sie wollte nicht, daß über der Demokratie die Diktatur als legales Mittel stehe. Im Artikel 48 der Verfassung haben wir eine solche stehen. Das und anderes hatten wir an der Verfassung auszusagen. Wir glauben, daß auch nur die drei Jahre Geschichte der deutschen Republik gezeigt haben, daß es nicht simpler Quersanteneinst war, der diese Beschwerden erhob.

Die Vielstaaterei, ebened in der Form Souveränität und in der Sache Selbstverwaltung, ist heute der Form nach Selbstverwaltungskörper und beginnt in der Sache Souveränität zu gewinnen. Weit hinaus über alle „Stammeseigenschaften“ verjucht heute Bayern bewußt, um eigenen Staat und durch den eigenen Staat in Deutschland die Republik zu erröten. Die Vielstaaterei ist heute nicht mehr die Jahrmarktshude, in der die verschiedensten Kirchturnsinteressen verhandelt werden, sondern sie ist das Mittel, durch das Monarchisten und Rechtsjuristen planmäßig den Punkt befestigen, von dem aus der Hebel das Reich ins Bankrott bringen soll.

Die Vielstaaterei ist heute die Schlinge um den Hals des Reiches. Es ist eine Fronte der Geschäfte, daß der Hauffrang dieser Schlinge eben jener Artikel 48 ist, in dem manche lange Zeit den höchsten Triumph der Demokratie sehen, weil er „starke Waffen in die Hand der freiesten Demokratie“ lege. Oroussaes Geschick, daß beim ersten Gesche, das die Demokratie zu ihrem wirksamen Schutz erklärt, der Artikel 48 eine Waffe wird in der Hand derer, gegen die die Republik sich schützen will und ein Pappentier in der Hand der Schärer der Republik. Hätten die, die der deutschen Republik die Verfassung gaben, doch gleich beariffen, daß die stärksten Waffen einer Republik nicht in „allmächtigen“ Paragraphen liegen, sondern in dem lebendigen Willen und in der Entschlossenheit derer, die den Staat geschaffen haben und ihn erhalten.

Die deutschen Arbeiter haben die deutsche Republik geschaffen. Die deutschen bürgerlichen „Demokraten“ standen teils wankend und teils händeringend daneben. Die Tradition von 1848 war nur in den Proletariern lebendig geblieben; sie waren es, die jahrzehntelang die Kränze zu den Gräbern der Märzgefallenen getragen hatten; in ihren Büchern las man noch davon, daß einst ein preussischer König dem Volke und den Toten hatte salutieren müssen. Wären die Hohenzollern 1918 nicht davongelaufen, das Bürgerrecht hätte sie behalten. Die Republik wollte allein das Prasariat.

Aber für das Proletariat ist die bürgerliche Republik kein Selbstzweck. Die geschichtliche Aufgabe des Proletariats ist eine andere, als für die deutsche Bourgeoisie das noch zuholen, was in anderen Ländern schon die Bourgeoisie ohnehin erreicht hat. Das Bürgerrecht, der dritte Stand, ist sozial der Mutterboden, in dem das Proletariat wurzelt, aus dem heraus es sich entfaltet, dem gegenüber es selbständig, stark und von eigenen Ideen besetzt wird. Die bürgerliche Republik ist die Staatsform, aus der heraus sich proletarische Parteien entfalten, stark und von eigenem Willen besetzt werden und aufstreben einem Ziele, an dem unsere Ideen von politischer und wirtschaftlicher Freiheit verwirklicht werden. Wir alle wissen letzten Endes noch wenig über die endgültige Form des Staates oder Gemeinwesens, in dem diese unsere Ideale erfüllt werden. Ob es die Form der Räte sein wird, ob eine andere Form, wir wissen es nicht. Die Form der Räte ist in diesen schweren Jahren der härtesten Prüfung unterzogen worden; es wird des Müssens einer proletarischen Generation bedürfen, aus der Erfahrungen in Rußland die Lehren für künftige Kämpfe zu ziehen. Nur ein Gefühl ist in uns lebendig: die Ziele von politischer und sozialer Freiheit, denen wir aufstreben, sind in der Weimarer Verfassung nicht erreicht.

Wir, und mit uns Millionen Proletarier, waren damals, 1919, der Meinung, daß es in jenen Kämpfen unsere Pflicht sei, etwas zu schaffen, was mehr unserer Ideale entspräche, eine Staatsform zu finden, die mehr die Räte ihres Schöpfers, des deutschen Proletariats trüge und nicht die schon runzeligen Züge der

Bourgeoisie. Damals, 1919, ward die Verfassung geschaffen im Kampf gegen diese Bestrebungen; als die Verfassung beschlossen war, rief das „Berliner Tageblatt“ triumphierend, jetzt ist die Revolution zu Ende.

Das war damals nicht wahr. Aber es ward wahr, nur anders als die Triumphanten es sich dachten. Der große Ansturm der Arbeiter ward, nicht durch die Weimarer Verfassung, sondern durch größere und stärkere Faktoren der Entwicklung gebrochen. Aber der Kampf der gesellschaftlichen Schichten hinter dem Schleim der Weimarer Verfassung hat nicht aufgehört; hat 1919 das Proletariat in großen Teilen gegen die Weimarer Verfassung gekämpft, weil sie keine Verfassung des zwanzigsten Jahrhunderts sei, so kämpfen heute geschlagene Feldherren und ausgeklüffelte Kronenträger gegen sie, weil sie keine Verfassung des achtzehnten Jahrhunderts sei. In seiner Relativität auch alles politische Geschehen ist die Mauer, die gegen die Revolution errichtet ward, von der Reaktion bestärkt; so sehr ist die Revolution von ihrem höchsten Punkte zurückgegangen, daß das, was vor drei Jahren von ihr bekämpft wurde, weil es zu wenig war, von ihr heute verteidigt werden muß, weil es anderen zuviel ist.

Haben wir etwas preisgegeben von dem, was wir ehedem wollten, wenn wir heute so stehen? Mit nichten. Von der „rechtesten“ Sozialdemokratie bis zu den „linksten“ Kommunisten ist das Gefühl heute einheitlich, daß die Republik verteidigt werden muß, nicht nur, weil Schlimmeres verhütet wird, sondern weil das Proletariat in der bürgerlichen Demokratie die Staatsform verteidigt, in der es seine Organisation als Klasse und als Partei, als Faktor der Gegenwart und Zukunft am einstufigsten vollzieht. Als etwas Vergänglichem verteidigen wir die Republik, aber als etwas, was als Reiz von der großen Bewegung der Arbeiter von 1918 geblieben ist und als etwas, was nicht mehr unter dem Schutte des Verangenehen begraben werden darf, sondern als einen Garten, in dem der Samen für die Zukunft ausgestreut ruht.

Weimar und die USPD.

Vor der Abstimmung über die Verfassung der deutschen Republik hielt am 30. Juli 1919 Genosse Dr. Oscar Cohn in der Nationalversammlung in Weimar eine Rede, in der er die Stellung der USPD zur Verfassung begründete. Er sagte in seinen Schlussätzen: „Es ist eine falsche Folgerung aus den Kriegserlebnissen, wenn man sagt, der Sozialismus sei durch den Krieg vernichtet. Im Gegenteil, er hat durch ihn einen neuen und starken Antrieb erhalten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Heilung der Kriegsfolgen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, menschlicher und namentlich auch ethischer Art ohne den Sozialismus nicht möglich und nur erreichbar ist durch den Sozialismus. Wir sind der Überzeugung, daß die stolze Epoche der deutschen Geschichte und der Menschheitsgeschichte erst jetzt beginnen soll, wo der Wahnwitz der alten Entwicklung und der Gestaltung des Deutschen Reiches, das nur auf äußere Macht begründet war, endgültig widerlegt sind. Diese stolze Entwicklung ist nur möglich als eine Entwicklung des Sozialismus und sie ist ebenso nur denkbar und möglich unter Abkehr von dem engen Nationalismus, im Ausstieg zum Internationalismus. Die deutsche Arbeiterschaft, die nicht zuletzt durch den Krieg in ihrem gesellschaftlichen Sein vernichtet worden ist, sie wird sich nur aufbauen und erholen können im engsten Anschluß an die gleichstrebenden und gleichstrebenden und enterbten Klassen der ganzen Welt. Die Abkehr vom Nationalismus, die Abkehr zum Internationalismus, die Abkehr von der Scheindemokratie und die Abkehr zur wahren Demokratie, das ist die Überzeugung, aus der heraus wir diese Verfassung ablehnen und unsere Arbeit fortsetzen müssen.“ Für die SPD erklärte Paul Poche, daß die Bestimmungen über die Wirtschaft, die Vermögensfrage und die Wahl der Landesherren die Erscheinung eines gegen die Sozialdemokratie gerichteten bürgerlichen Blods gezeitigt hätten. Das mache es seiner Partei schwer, für die Verfassung zu stimmen.

Dem Andenken Jean Jaures

Die Rede des Genossen Breitfeld in Paris

Wir lassen hiermit den Inhalt der Rede Breitfelds, der sich mit der internationalen Politik der Arbeiterklasse beschäftigt, folgen.

Noch einmal, damit kein Mißverständnis über meine Worte entsteht: Ich bin weit davon entfernt zu denken, daß Deutschland alles tut, was es möchte, damit seine Beziehungen zu Frankreich so werden, wie wir es wünschen. Deutschland, das imperialistische Deutschland, hat sich in der Vergangenheit mit einer ungeheuren Verantwortungs last belastet, unter deren Folgen es heute leidet.

Und ich verheimliche nicht, daß es auch gegenwärtig noch in der deutschen Republik Laufende und Laufende von Menschen gibt, die noch durchdrungen sind von dem Geist von früher, die forsühren, die schürsten Gottheiten anzubeten, und die nicht nur den Sozialismus, sondern auch die Demokratie und die Republik verabscheuen. Sie sind es, die gegen die Repräsentanten des republikanischen Gedankens weniger mit den Waffen ihres armen Geistes kämpfen als dadurch, daß sie aus den Argumenten Zuflucht nehmen, die ihnen die Revolverkugeln und die Handgranaten bieten. Sie, die unfähig sind, die neuen Zeiten zu verstehen, vergessen die Person und Gehirn der Schuljugend. Ich weiß sehr wohl, in welchem Maße diese unheilvollen Menschen dazu beitragen, die Aufklärung guter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu verhindern, obwohl diese Beziehungen für den Aufbau der Welt unerlässlich sind.

Ich weiß und ich wiederhole, was ich oft genug von der Tribune des Reichstags aus gesagt habe: diese Menschen sind eine Gefahr für den Frieden.

Aber die Gefahr, die sie bilden, wird noch viel größer, wenn man im Ausland nicht erkennt, daß sie nur einen Teil meines Landes ausmachen, daß diese Menschen nicht Deutschland sind, so wie wir erkennen müssen, daß Léon Daudet nicht Frankreich ist. Viele Menschen werden aufwachen, eine Gefahr zu sein an dem Tage, wo man begreifen wird, daß das neue Deutschland, das heißt vor allem das Deutschland der Arbeiter gegen das alte Deutschland unterkämpft werden muß.

Ich weiß keine Klauen daran, daß Jaures das verstanden und danach gehandelt haben würde. Er würde gesehen haben, daß der beste Verbündete des deutschen Nationalismus die Intransigenz des französischen Nationalismus ist, ebenso wie wir uns Rechenschaft darüber geben, daß der

Sie tue es dennoch im Vertrauen auf die lebendige Entwicklung, die sich als stärker erweisen werde, als papierne Hemmungen.

Die Entscheidung der Sachverständigen

(E.P.) London, 10. August. Die gestrige Sitzung der Sachverständigenkommission hat sich fast ausschließlich mit der Redaktion des Berichtes für die politische Konferenz beschäftigt. Die hauptsächlichsten Punkte dieses Dokumentes sind nach Informationen aus amtlicher Quelle folgende:

1. Erhebung von 26 Prozent ad valorem auf die deutsche Ausfuhr.

Nach Ansicht der Kommission soll diese Maßnahme eine halbe Milliarde Goldmark einbringen. Die Maßnahme wurde von den Sachverständigen unter der Bedingung einstimmig angenommen, daß die aus dieser Quelle eingehenden Beiträge einem besonderen Konto des Garantiekomitees zuzuführen, das hierüber verfügen kann.

2. Beschlagnahme der deutschen Zölle, d. h. Verfügnngsrecht des Garantiekomitees über die Erträge nisse der Ein- und Ausfuhrzölle.

Auch diese Maßnahme wurde einstimmig gutgeheißen. Ueber alle weiteren Punkte konnte keine Einigung erzielt werden, da die verschiedenen Delegierten auf ihren Ansichten beharrten.

3. Wiedererrichtung der Zollgrenze im Osten der besetzten Gebiete.

Dieser Punkt wurde von den Engländern, Belgiern und Italienern abgelehnt. Der belgische Delegierte führte aus, daß Belgien einen beträchtlichen Durchgangshandel mit Deutschland habe und daß die Anwendung dieser Maßnahme den Handel mit Deutschland halt über Antwerpen nach Rotterdam ablenken würde. Die Bestellung von der Ausfuhrabgabe für den belgischen Durchgangshandel würde wertlos sein, da Deutschland schon im letzten Jahre die Absicht zu erkennen gegeben habe, daß es im Falle von Repressalien den Weg über Holland wählen würde.

4. Die staatlichen Bergwerke im Ruhrgebiet und die staatlichen Wälder auf dem linken Rheinufer.

Der Kontrolle über die Forderung der Bergwerke wurde außer von den Franzosen auch von den Italienern und Belgiern zugestimmt, da sie eine wirksame Garantie in qualitativer und quantitativer Beziehung gegen die bisherige Unzulänglichkeit der Kohlenlieferung bilden würde. Das Förderungsquantum dieser Bergwerke erreiche nahezu 50 Prozent der von Deutschland gelieferten Kohle. Die Kontrolle wäre einer der Reparationskommission unterstehenden Verwaltung zu übertragen. Auch bezüglich der Kontrolle der staatlichen Wälder kam es zu einer grundsätzlichen Verständigung zwischen den Franzosen, Italienern und Belgiern. Man erkannte jedoch an, daß dieser Punkt ungleich schwieriger als die Kontrolle der Forderung der Bergwerke sei, da es für die Alliierten außerst schwierig sein würde, die Ausbeutung dieser Domänen zu organisieren. Die Italiener und Belgier wünschten, diese Frage mit der der Sachlieferungen verknüpft zu sehen. Sie wiesen darauf hin, daß 70 Proz. der deutschen Wälder dem deutschen Staat gehören, und daß sie eine Quelle für die Reparationszahlungen seien, die die Finanzen des Reiches nicht schädigen würde.

5. Für die Erzeugnisse des Ruhrgebietes Voreinstellung der Alliierten bis zu 60 Prozent an den Industrien auf dem linken Rheinufer.

Dieser Vorschlag wurde nur von den Franzosen unterstügt, die ihn damit begründeten, daß diese Maßnahme sich gegen die Großindustriellen richte, deren großer Einfluß auf die Regierung nicht geigneter werden könne. Die übrigen Delegierten wandten dagegen ein, daß die Regierung die Eigentümer zu entschädigen haben würde. Dies würde eine Summe von 74 Milliarden Goldmark erfordern, deren Aufbringung eine weitere ungeheure Inflation verursachen und das Gegenteil von dem, was angestrebt werde, herbeiführen würde.

Der Bericht sollte ursprünglich in der auf heute morgen 11 Uhr anberaumten Sitzung der politischen Konferenz

befprochen werden. Gestern nacht wurde jedoch mitgeteilt, daß die Vollziehung vertagt worden sei und daß ein neues Datum nicht bestimmt wurde. Der Grund dafür liegt in der Einberufung des französischen Ministerrats. Poincaré möchte in der Tat die Meinung seiner Kollegen hinsichtlich des englischen Widerstandes in der Frage der Zollstrafen am Rhein kennen lernen. Er empfing gestern abend ein Telegramm Millerands, das ihm Entschlossenheit empfahl. Die Beschlüsse der Sachverständigenkommission sind, wie es heißt, zwar in sehr höflicher Form abgelehnt, aber doch in deutlichen Ausdrücken der energischen Ablehnung, die für die Franzosen äußerst unbefriedigend erscheinen mußte. Den ganzen gestrigen Tag über haben Unterhandlungen mit den Führern der Delegation stattgefunden. Die Verhandlungen im Cleridge-Hotel, an denen auch Theunis teilnahm, haben volle drei Stunden gedauert. Trotz allem ist man im allgemeinen der Ansicht, daß wenig Fortschritte gemacht worden sind und daß der heutige Tag große Schwierigkeiten, vielleicht schon die Krise, bringen werde. Heute nachmittag wird in Downingstreet ein englischer Kabinettsrat stattfinden. Die abwesenden Minister wurden dringend nach London berufen.

Ein Gewaltstreik der bayerischen Justiz

Genosse Fehrenbach in Halle verhaftet.

Donnerstag früh wurde Genosse Felix Fehrenbach auf Grund eines Haftbefehls des Münchener Volksgerichts in seiner Wohnung in Halle verhaftet und von drei Beamten nach Bayern verschleppt. Gründe der Verhaftung sind nicht bekannt. Wie uns außerdem mitgeteilt wird, sind in München auch die Redakteure unseres dortigen Parteiblattes, die Genossen Kämpfer und Winier, verhaftet worden.

Ueber den Grund der Verhaftung konnten wir bis zum Redaktionschluss nichts erfahren. Die bayerische Reaktion lechzt offenbar nach Vorbeeren.

Ueber die Verhaftung des Genossen Fehrenbach erfahren wir noch folgendes: Die Münchener Polizei entsandte zwei Polizeibeamte nach Halle mit dem Auftrage, eine Durchsuchung der Wohnung Fehrenbachs vorzunehmen. Die Münchener Polizeibeamten setzten sich mit der Hallenser Polizeiverwaltung in Verbindung. Von letzterer wurde ihnen ein Beamter zur Ausführung ihres Auftrages beigegeben. Welchen Zweck man mit der Hausdurchsuchung verfolgte und welches Ergebnis sie zeitigte, war noch nicht zu erfahren. Die Polizeibeamten führten Fehrenbach zur Polizeiverwaltung. Dort hat Genosse Fehrenbach verlangt, sofort dem Untersuchungsrichter in Halle vorgeführt zu werden. Das geschah. Der Untersuchungsrichter aber erklärte sich für die Unternehmung des gegen Fehrenbach in München eingeleiteten Verfahrens nicht zuständig. Dadurch erhielten die bayerischen Polizeibeamten Gelegenheit, Fehrenbach nach München zu transportieren. Gestern mittag 11 Uhr wurde er nach München abgeführt.

Wie M.T.B. kurz vor Redaktionschluss meldet, sind die Verhaftungen auf Anordnung des Münchener Volksgerichts erfolgt.

Kronprinz Rupprecht in Paris?

(E.P.) Brüssel, 10. August. „Nationale Belgique“ läßt sich aus Paris melden, daß der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern kürzlich in Paris gewesen wäre, um mit dem Vetter der französischen Postital wegen der Wiedereinsetzung der Wittelsbacher zu verhandeln. Wenn sein Plan angenommen würde, so würde Bayern sich von Berlin loslösen, sich mit Oesterreich verbünden und ein autonomer Staat werden. Kronprinz Rupprecht soll sich bereit erklärt haben, gegenüber Frankreich gewisse Verpflichtungen einzugehen. „Nationale Belgique“ fügt hinzu, Rupprecht habe seinen Standpunkt bevollmächtigten französischen Persönlichkeiten dargelegt, die ihrerseits Bedingungen stellen und Garantien fordern. Das belgische Blatt fordert Klarstellung, ob diese Gerüchte wahr seien.

Wir bringen diese Meldung mit allem Vorbehalt, obwohl uns nach alledem, was wir in letzter Zeit aus Bayern hörten und auch von dort gegen das Reich unternommen wurde, eine Bestätigung der obenstehenden Meldung wahrlich nicht überraschen würde.

französische Nationalismus keine bessere Stütze hat als den deutschen Nationalismus.

Aber ihr Sozialisten, Republikaner, Demokraten, die ihr die Erinnerung an Jean Jaures feiert, werdet, des bin ich sicher, in seinem Geiste handeln. An diesem Tage richte ich an euch im Namen des deutschen Proletariats die heilige Bitte: Seid der deutschen Republik in ihrem riesenhaften Kampf, den sie führen muß! Indem ihr den deutschen Sozialisten und Republikanern eure Hilfe leistet, könnt ihr den berechtigten Stolz empfinden, die demokratische Mission zu erfüllen, die eure große Revolution Frankreich übertragen hat. Ihr verteidigt nämlich eure eigene Sache und die der neuen Generationen; denn Europa würde auf neue in das Chaos stürzen, wenn die deutsche Republik zusammenbräche.

Ihr seid unsere Verbündeten! Die moralischen Waffen, die ihr uns leihen könnt, werden uns den Sieg erndlichen. Eure herrschenden Klassen müssen, dank euch, lernen, daß die Erhaltung der deutschen Republik eine Notwendigkeit ist. Genosse ist es nötig, daß sie dank euch verstehen, daß Frankreich nicht den Wunsch haben kann, das Leben unserer Republik schwerer zu machen.

Ah kann an diesem Abend das Problem nicht nach allen Richtungen hin untersuchen. Laßt mich nur zwei Worte sagen.

Zuerst dieses: Wir deutschen Sozialisten erkennen sowohl die juristische wie die moralische Verpflichtung Deutschlands an, die Reparationen sicherzustellen. Diejenigen, die wie ich Gelegenheit hatten, die zerstörten Gebiete zu sehen, kennen die blutenden Wunden, die Frankreich geschlagen wurden, und ich wünsche, daß alle Abgeordneten des Reichstags diesen Teil eures Landes sehen.

Aber ich wünsche auch, daß eure Deputierten und Senatoren das Elend der deutschen Arbeiter und die Unterernährung unserer Kinder sehen. Sie würden erkennen, daß die deutsche Verpflichtung nicht unbeachtet sein kann. Die internationalen Arbeiterkonferenzen haben ihre Grenzen gezogen, indem sie sie nach der tatsächlichen Fähigkeit des deutschen Volkes festsetzten.

Und dann dieses: Die Fähigkeit des deutschen Volkes wird um so größer sein, wenn es ermutigt werden wird, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Und es ist nicht schwer zu verstehen, daß dieses zum Elend verurteilte Volk ermutigt wird, wenn es nicht den Eindrud erhält, daß man seine Wieder- aufriistung verhindern will. Mit andern Worten: Nicht mit Sanktionen und Kommissionen kann man die Probleme lösen, und es hieße den republikanischen Gedanken schwächen, wollte man das Gebiet der Republik verzerren, sei es in Bayern, sei es am Rhein. Ich sage keineswegs, daß die

französische Reaktionen Absichten dieser Art verfolgt. Aber ich glaube, euch die Gefahren aufzulegen zu sollen, die uns bedrohen.

Noch einmal: Am Namen Jaures leidet uns Hilfe und Beistand, um uns zu erndlichen, die deutsche Republik zu retten. Ich verspreche euch, daß die deutschen Arbeiter alles tun werden, was sie können, um ihre Errungenschaften zu verteidigen und um die Mächte von früher definitiv niederzuschlagen. Die Republik ist sicher nicht das letzte Ziel, dem die Arbeiterklasse anhrebt, aber sie bildet den Boden, auf dem das Proletariat seine Schlachten mit den größten Chancen für den Erfolg liefern kann. Wir wollen uns nicht von diesem Boden verdrängen lassen.

Die Arbeiter Deutschlands führen, leider, diesen Kampf nicht gemeinsam. Aber der Nord an Nahebau hat wenigstens die beiden sozialistischen Parteien, die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen, einander genähert. Wir haben für unsere Teil eine Einheitsfront verwirklicht, und ich hoffe bestimmt, daß wir nicht adern werden, eine einzige Partei zu bilden, die ihre Anstrengungen im Geiste Jaures fortsetzen wird: grundlegende Opposition gegen die kapitalistische Gesellschaft, in dem sie die verschiedenen Situationen im Interesse der Arbeiterklasse ausnützt.

Die Einigkeit in Deutschland wird uns der internationalen Einigkeit nähern, die schließlich das große Projekt des zerstörbenen Reiches verwirklichen wird: den Krieg zu beenden! Die Bestimmungen, die daran zweifeln sollten, mögen sich der Worte Jaures erinnern:

„Wir wissen wohl, daß es noch nicht von den Proletariern abhängt, die Unordnungen und die Ungerechtigkeiten des Kapitals durch die Gerechtigkeit der souveränen und organisierten Arbeit zu erlösen. Es wird eine ungeheure und fortgesetzte Anstrengung nötig sein, damit dieser schwache Anfang des allgemeinen Friedens und der allgemeinen Gerechtigkeit gesichert wird, sich ausdehnt und das Leben erneuert. Aber wir wissen, daß es nur da eine Hoffnung und eine Idee gibt, daß die Welt an einer schrecklichen und moralischen Entkräftung zugrunde gehen würde, wenn das große sozialistische Licht nicht über ihr aufginge.“

Tages-Notizen

Quelle: Die Welt, 11. August 1922. Die Winterzeit an der „Königsplatz“-Theater“ verlegt, das im Herbst nach Wölbung des Umbaus in der Gartenbergstraße 6 unter der Direktion von Theodor Langert neu eröffnet werden wird.

Das Neue Opernhaus, Schöneberg, welches hiesiger Veränderungen wegen seit dem 15. Juni geschlossen ist, wird am 18. September unter der Direktion der Frau Margarete Gönner, bisher Mitglie der Robert-Bühnen, unter dem Namen „West-Kammerspiele“ neu eröffnet.

Das Todesurteil von Moskau

(CP.) Paris, 10. August. Die „Humanität“ veröffentlicht ein Telegramm, das ihr aus Moskau zugegangen ist. Es heißt darin, daß zwei der angeklagten Sozialrevolutionäre freigesprochen seien (wie aus einer Meldung des Oxyphor hervorgeht, die Denunzianten Semjonow und Konoplewa). zehn der Angeklagten sind zu Gefängnisstrafen von zwei bis zehn Jahren, vierzehn zum Tode verurteilt und weitere zehn sind begnadigt worden.

Die Vollstreckung des Urteils der zum Tode verurteilten Angeklagten ist aufgeschoben worden unter der Bedingung, daß die Sozialrevolutionäre ihre terroristischen Arbeiten und ihre militärische Spionage gegen die Sowjetbehörden aufgeben. Wenn die Partei ihren Kampf gegen die Sowjets fortsetzen würde, so sollen die zum Tode Verurteilten sofort hingerichtet werden.

Der Vollstreckungsausschuß der Kommunistischen Internationale hat einen Appell an alle Arbeiterorganisationen gerichtet, worin die Arbeiter aufgefordert werden, auf die Sozialrevolutionäre einen Druck auszuüben, damit sie ihre Beziehungen mit den kapitalistischen Regierungen aufgeben.

Die Namen der zum Tode verurteilten lauten: Goh, Donski, Verstein, Wendelmann, Grabowska, Pjatschew, Iwanow, Eugenie Ratner, Elind, Timofeew, Morozow, Aljanow, Alimowsky und Helene Iwanowa.

Ein Monstreprozeß, der im Laufe von fünf Monaten die Aufmerksamkeit aller denkenden und klassenbewußten Proletariats auf sich konzentriert hat, ist zu Ende gegangen. Zwölf von den angeklagten Sozialrevolutionären sind zum Tode verurteilt; wir rechnen natürlich dazu nicht den Renegaten Ignatiow und die Lockspitzel Semjonow und Konoplewa, die, wie die übrigen Angeklagten der sogenannten zweiten Gruppe, in Freiheit sind und für ihre Hosenreißer sicher noch reichlich entlohnt werden.

Zwölf Todesurteile, neun Zuchthausurteile — so lautet das Urteil des Gerichts, das die schlimmsten Klagen einer reaktionären Periode unter Stolypin beneiden könnten. Und dieses Urteil des Gerichts ist von dem Vorstand des Allrussischen Zentralerekutivkomitees, soweit es sich um das Todesurteil handelt, mit einer Bedingung bestätigt worden: seine Ausführung wird suspendiert; es wird aber ausgeführt, falls die Partei der Sozialrevolutionäre die Methoden bewaffneten Kampfes gegen die bolschewistische Regierung fortzuführen und auch weiterhin eine Spionagetätigkeit treiben wird.

Was bedeutet dieses Urteil?
Es bedeutet, daß die verurteilten Sozialrevolutionäre in jedem Augenblick erschossen werden können, in dem es der bolschewistischen politischen Polizei „festzustellen“ beliebt, daß irgendein wirkliches oder gewöhnliches Mitglied der sozialrevolutionären Partei in Rußland oder im Ausland bei einer Tätigkeit „erfaßt“ wird, die die Bolschewisten als bewaffneten Kampf oder als Spionage bezeichnen. Es bedeutet, daß jeder Lockspitzel in der Art von Semjonow oder Konoplewa imstande ist, auf Befehl einer bolschewistischen Behörde jeden Augenblick das zu einer Erschießung notwendige „Material“ zu verschaffen. Es bedeutet, daß Goh und seine Genossen zu einer ungläublichen Qual verurteilt sind, einer ewigen Erwartung ihrer Erschießung, völlig ausgereizt der Willkür ihrer Schergen. Es bedeutet schließlich, daß ein Kampf um die Köpfe dieser Männer, die dem Tode schon mehrmals ins Antlitz gesehen und die zaristischen Gefängnisse und Zuchthäuser vollaus auskosten haben, auch weiterhin innerhalb der bolschewistischen Partei geführt wird, — ein Kampf, der vorläufig zu einem „Kompromiß“ geführt hat, dessen Grausamkeit alles Erdenkliche übertrifft.

Es bedeutet aber auch, daß die Arbeiterklasse Rußlands und der ganzen Welt auch nicht für einen Augenblick ihren Kampf einstellen kann, ihren Kampf, den sie nicht nur um die Rettung derjenigen Männer führt, denen der Tod droht, sondern um die vollständige Amnestie für die verurteilten Sozialrevolutionäre sowohl, wie für alle politisch Inhaftierten und Verbannten in Rußland. Denn nur darin — in einer vollständigen Einstellung der politischen Verfolgungen und der Herstellung politischer Freiheit in Rußland — liegt die Gewähr dafür, daß die Schandtat und Grauel, die im Prozeß der Sozialrevolutionäre so kraß vor Augen getreten sind, und die die russischen Volksmassen, insbesondere die Arbeiterklasse, heute so schwer treffen, einmal ein Ende nehmen. Die neu einsetzenden Verfolgungen gegen die Sozialdemokratische Arbeiter-Partei werden jedem Arbeiter beweisen, welche Erklärungen die Bolschewisten ihrer terroristischen Politik in der Vergangenheit auch geben mögen, heute erdrückt sie vor allem die arbeitenden Massen; sie desorganisiert und demoralisiert sie in ihrem Kampfe gegen die neue Bourgeoisie und gegen die zivile und militärische Bürokratie.

Und dieser Kampf des internationalen Proletariats ist keineswegs hoffnungslos. Die Bolschewisten haben

den ihnen in die Hände geratenen Sozialrevolutionären gegenüber unerhörte Grausamkeiten ausgeübt. Sie haben ihre Pläne nicht vollständig aufgegeben, und haben die Möglichkeit, ihre politischen Feinde morgen schon zu ermorden. Heute aber ist die schon erhobene Hand des Henkers angehalten. Es ist der entrüstete Protest der Proletarier der ganzen Welt, der diesen Henkern in den Arm gefallen ist. Von seiner Kraft, Dauerhaftigkeit und Energie hängen auch die weiteren Erfolge des Kampfes ab.

Stipendiosie

Den armen Redakteuren von der „Rote Fahne“ ist Schreckliches geschehen. Wonach sie achorsam seit sechs Wochen rufen, und worauf sie mit Indianergeheul sich seit Wochen gestren haben, ist ihnen nicht geworden: die Leichen der Sozialrevolutionäre. Und nun ist den Kerntzen — man sollte es kaum glauben — der Leidenslust ihrer eigenen Nordsee in den Kopf gestiegen. Sie sehen Leichen, Leichen, Leichen.

Die angeklagten Sozialrevolutionäre sind für den armen verwirrten Redakteur „überlebte politische Leichen“. Der russischen Arbeiterklasse kommt es in ihrem Kampfe gegen die Konterrevolution nicht so sehr auf die Befreiung politischer Leichen an, und schließlich passiert dem bedauernden Redakteur ein entsetzliches Geschick: „Die in Verweilung begriffene Leiche“, so schreibt er, „wird sich vor unierem Augen voll kommen auflösen“.

Welch entsetzliches Schicksal für den Besitzer dieser Augen, und wahrscheinlich die Strafe der göttlichen Gerechtigkeit, für sein sechs Wochen lauges selbes Gesichtsmerkmal: Tod den Verrätern, Tod den Verrätern!

Sollte die „Rote Fahne“ aber weiter von in solch bedauerndem Zustand befindlichen Redakteuren geleitet werden, so wird sie nicht nur ein hervorstechendes Objekt für psychopathische Untersuchungsanstalten sein, sondern es würde sich für den Berliner Magistrat gewiß eine gute Einnahmequelle daraus ergeben, wenn er für das Leichen des Blattes eine Leichenbestattung erhebt.

Deutschnationale Demagogie

Die thüringische Regierung verlangt von ihren Beamten die eidesstattliche Versicherung, daß sie keiner verdorbenen Vereinigung, noch einer sonstigen monarchistischen oder antirepublikanischen Vereinigung angehören oder anhängig seien. Außerdem sollen sie vorbehaltlos erklären, daß sie auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen und antirepublikanische Bestrebungen weder unterstützen, noch unterhalten werden. Nach den schlimmsten Erfahrungen, die wir vier Jahre mit dem bestehenden Beamtenapparat gemacht haben, ein durchaus einwandfreies Vorgehen einer Regierung, der das Gedeihen und Wohlergehen der Republik anvertraut ist. Die Beamten mögen sich organisieren, wo und wie sie wollen, aber Antirepublikaner können nicht mehr Beamte einer Republik sein.

Es gibt auch tatsächlich nur eine Spezies, die in diesem Falle gegen die Thüringer Regierung auftritt — natürlich die Deutschnationalen. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf Thüringen hat dieserhalb eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, in der es u. a. heißt:

Diese Verklammerung stellt einen gründlichen Verstoß gegen die verfassungsmäßig gewährleistete Koalitionsfreiheit und Gewissensfreiheit dar.

Die Deutschnationalen, deren höchstes Ziel die Wiedereinführung des vergangenen kaiserlich-militärischen Rechtsinstituts ist, ausgerechnet diese Deutschnationalen spielen sich als Hüter der Verfassung und Koalitionsfreiheit auf. Wer da nicht lacht, hat wahrlich jeden Sinn für Humor verloren.

Das Programm der Verfassungsfeier am 11. August

Ueber das Programm der Verfassungsfeier am morgigen 11. August, die im Reichstagsgebäude stattfindet, erzählt die „Dena“ noch folgendes: Die Feier wird eingeleitet mit Beethoven's Overture, daran schließt sich die große Rede des badischen Staatspräsidenten Dr. Dummel. Das Vorspiel zu den Weidlingerern von Nürnberg" beschließt die Feier im Reichstage. Der musikalische Teil wird vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Generalmusikdirektors Blech ausgeführt. Vorher wird der Reichspräsident vor der großen Freitreppe vor dem Hauptportal des Reichstages die Front der Ehrenkompanie abmarschieren.

Die Abendfeier im Staatstheater wird mit dem Prolog der Vintzia aus dem Verhart-Jahrhundertfestspiel eröffnet werden. Len Gerda Müller vom Staatstheater sprechen wird. Es folgt das Requiem der C-Moll-Symphonie von Brahms, an das sich die Deklamation der Worte der Aithen-Deutschen, gesprochen von Charlotte Schulz vom Theater an der Königsgasse anschließen wird. Den Schluß der Feier bildet, wie die „Dena“ meldet, die 5. Symphonie von Beethoven. An Stelle des erkrankten Furtwänglers übernimmt Wüch die musikalische Leitung. Reichspräsident Ebert wohnt den Darbietungen von der kleinen Seitenloge aus bei. In seiner Begleitung befinden sich die Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung sowie die Vertreter der Länder, ferner prominente Vertreter von Kunst, Wissenschaft, Industrie, Handel und Presse, Abgeordnete des Reichstages und der Landtage und Vertreter der beruflichen Organisationen.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten

Berlin, 10. August. Der Reichspräsident hat zum Jahrestag der Verfassung nachstehende Rundgebung erlassen:

Vor drei Jahren, am 11. August, hat sich das deutsche Volk seine Verfassung gegeben, das Fundament seiner Zukunft. Diesen Tag wollen wir, trotz aller Not der Gegenwart, mit Freude und Hoffnung begehen. An ihm wollen wir unsere Liebe zum Vaterlande bekunden. Deutschland soll nicht zugrunde gehen! Das ist unser Schwur, so lange wir atmen und arbeiten können.

Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Stämme. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat und nach schweren Kämpfen Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen. Wir wollen Freiheit. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig aufammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten.

Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liebe des Dichters aus in Keilen innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unierem harten Weg zu einer besseren Zukunft befehlen. Sein Lied gesungen gegen Zwietracht und Willkür soll nicht Mißbrauch finden im Parteikampf, es soll nicht der Kampfaciaua dezer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalstischer Ueberhebung. Aber so, wie einst der Dichter, so lieben wir heute „Deutschland über alles“. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sana von Einigkeit und Recht und Freiheit der seltsame Ausdruck unserer väterländischen Gefühle sein.

Auf viele Jahre noch werden für uns alle Festtage des Staates zugleich Tage gemeinsamer Sorgen sein. Unter den fürchtbaren wirtschaftlichen Folgen der letzten Ereignisse leiden nicht nur unzählige Volksgenossen. Deutsches Wissen und deutsches Können, die Quellen unserer besten Kraft, sind schwer bedroht. Die Reichsregierung hat mir den Betrag von drei Millionen Mark für Zwecke der Wissenschaft, Kunst und Handwerk aus den Mitteln zur Verfügung gestellt, die der Reichstag zum Schutze der Republik bewilligt hat. Zur Hebung der Volksgesundheit durch Spiele im Freien wird eine weitere Million bereitgestellt. Aus der Verfassungsaufgabe dieser Summen spricht die Not unseres Landes.

Schwere Stürme sind über die junge deutsche Republik in den letzten Wochen dahingegangen. Unsere Einigkeit, unser Recht, unsere Freiheit wurden bedroht. Sie werden noch weiter bedroht sein. Wir wollen nicht verzagen. In der Not des Tages wollen wir uns freudig der Ideale erinnern, für die wir leben und wirken. Der feste Glaube an Deutschlands Rettung und die Rettung der Welt soll uns nicht verlassen.

Es lebe die deutsche Republik! Es lebe das deutsche Volk!

Berlin, den 11. August 1922.

(gez.) Ebert,
Reichspräsident.

Wir haben volles Verständnis für die Absicht des Reichspräsidenten, die dem Geiste des revolutionären Dichters Hoffmann von Fallersleben und seines Liedes gewiß eher entspricht als den Mißbrauch, den die Reaktionäre heute damit treiben. Das kann aber nicht die geschichtliche Tatsache fortwischen, daß das Lied leider 40 Jahre hindurch zum Symbol des wilhelminischen Regimes geworden ist, und damit im Bewußtsein des deutschen Volkes einen testamentarischen Charakter erhalten hat. Trotz wohlgegründeter und wohlgemeinter Aufnahme wird das Lied auf Jahre hinaus den weitesten Kreisen des arbeitenden Volkes entfremdet bleiben.

Röhne aus der Haft entlassen

B. S. Die Potsdamer Strafkammer hat gestern dem Antrag des Verteidigers v. Röhne auf Haftentlassung stattgegeben. Röhne ist noch im Laufe des nächsten Tages aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Die Untersuchungs wegen Zerkulera acht gegen ihn weiter.

Und scheint das Verfahren, einen in mehreren Fällen dringend des Verdachts Verdächtigen frei herumlaufen zu lassen, etwas sehr eigenartig. Sollte es sich hier etwa um eine Ausnahme handeln, nur weil der Angeklagte a d l i g ist?

50 000 Menschen vom Taifun getötet

(CP.) London, 10. August. Nach einer Meldung des Korrespondenten der „Times“ in Hongkong hat der in der letzten Woche gemeldete Taifun nicht nur die Stadt Swatow heimgesucht, sondern noch 10 weitere Städte zum Teil vernichtet. Nach den letzten Nachrichten haben 50 000 Menschen bei dieser Katastrophe ihr Leben eingebüßt. 28 000 Leichen sind bisher aufgefunden worden.

Von der Reise zurück. Wulle hat nach langem Suchen sehr endlich den langgeheuchten Schatz gefunden, nämlich eine Drucker. Die wir hören, erscheint das deutsch-völkische „Deutsche Abendblatt“ ab nächsten Sonnabend wieder. Man wird dann hoffentlich endlich über das äußerst rätselhafte und dunkle Verschwinden dieser besonders angesehenen Zeitung der öffentlichen Meinung näheres erfahren. —

1 Dollar = 880 Mark

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!

Zum Schutz der Republik

Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen.

Der Reichsminister des Innern veröffentlicht Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutz der Republik...

Die Mitwirkung der Schule an der inneren Festigung der Republik umfasst Maßnahmen der staatsbürgerlichen Erziehung und der Disziplin.

I.

Auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung stehen die Unterrichtsverwaltungen vor folgenden Aufgaben:

1. In den Lehrbüchern der Geschichte war bisher die politisch-pädagogische Tendenz die Erziehung der Jugend für die monarchische Staatsform...

2. Der staatsbürgerliche Unterricht nach Art. 148 der Reichsverfassung ist, sofern es noch nicht geschehen ist, in allen Schulen lehrplanmäßig einzuführen.

3. Die Lehrpläne für die verschiedenen Schulaufstufen sind, sofern sie noch stofflich und methodisch die unter 1 genannten Tendenzen vertreten...

4. Bei der Ausbildung der Lehrer ist den stofflichen und methodischen Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung durch Umauflistung der Lehrpläne der Lehrerbildungsanstalten ausreichend Raum zu geben.

5. Zur Förderung und Erleichterung der von den Unterrichtsverwaltungen der Länder durchzuführenden Maßnahmen wird beim Reichsministerium des Innern ein Ausschuss aus Vertretern der Landesoberbehörden...

II.

Die Durchführung dieser Maßnahmen setzt einen Lehrkörper in allen Schulen, besonders auch in den Hochschulen voraus, der sich der verantwortungsvollen Aufgabe eines Jugend Erziehers und der Pflichten des Beamten eines republikanischen Staatswesens in gleichem Maße bewusst ist...

meidet, sondern er hat die Jugend für die Mitarbeit am Volksstaat heranzubilden, sie zur Mitverantwortung für das Wohl des Staates zu erziehen...

Es muß der Schule gelingen, die Jugend aus der vaterländischen Not, der politischen Herrlichkeit und dem wirtschaftlichen Druck der Gegenwart innerlich zu befreien...

„Aufrechte“ / „Esel“ / „Hochstapler“, Gatte Deutsche unter sich.

Im „Bund der Aufrechten“, dessen Verbot durch Zerstörung der Staatsgerichtshof bekräftigt hat, sind die Führer aneinandergeraten und sagen sich allerlei liebliche Dinge...

„Erschließung v. Krader ist überhaupt keine Erschließung gewesen, hat auch nicht einmal studiert; ich kenne ihn nur vom Rapp-Putsch her...“

Der v. Frentag wandte sich dann weiter dagegen, daß die Bundesleiter einen religiösen, fast spiritistischen Anstrich hätten, wobei der „Aufrechte“ und Führer des alldeutschen Verbandes in Breslau, Baurat Reichmüller, den Ruf machte: „Wir brauchen keine Religion.“

Dem Breslauer „Aufrechten“ wird von den Berlinern zum Vorwurf gemacht, daß sie sehr enge Verbindungen mit Juden hätten. Der Vorsitzende der deutsch-nationalen Stadtabteilung hatte wohl vorgegeben, deutsch-national zu sein...

nach in Breslau ja ein nettes Epitheton zu herrschen. D. Red.) Eine andere Breslauer Größe, Professor Koch, wäre wohl Monarchist, aber, wie viele, kein Freund vom Kaiser...

„Der Herr Baron ist keine Persönlichkeit, die das große Prinzip der Einigung der echten Deutschen in Person repräsentieren könnte; auf alle Fälle stehen ihm viele echt deutsche Kreise ablehnend gegenüber.“

So sieht es hinter den Kulissen der Monarchisten aus. Sie nennen sich gegenseitig Hochstapler, Esel und Diebe. Diese Gesellschaft macht sich an, wieder die Geschichte des deutschen Volkes in die Hand nehmen zu wollen.

Bazille als Beutemacher

Zwischen dem Deutschnationalen Bazille und dem Rechtssozialisten Keil gab es vor kurzem im Reichstage einen Zusammenstoß, bei dem Bazille zum Vorwurf gemacht wurde, er hätte sich in seiner Eigenschaft als Präsident der Zivilverwaltung der belgischen Provinz Limburg an Gegenständen, die deutsches Heeresbesitz waren, bereichert...

Der Bund der Auslandsdeutschen, der Hilfsbund der Elbsch-Lothringern im Reich, der Deutsche Ostbund, der Reichsverband der Kolonialdeutschen, der Wiederaufbauverein in Osnabrück...

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(16. Fortsetzung.)

„Ich tu mein Arbeit, und ich will mein Ruh haben. Wenn die jemand brauchen, den sie zum Narren haben können, sollen sie ihn sich wo anders suchen.“

Der Seifertjakob machte weiter Vorhalt. „So“, meinte sie, „Ihr meint, Ihr könnt mir Rechen machen. Proste Wahlzeit, merci! Da ist Euer Ziegelhütt und da bin ich — verheiratet sind wir zwei nit.“

Sie ließ ihren Ziegelhütt stehen, warf den Klumpen Letten, der zum Formen dazugab, in die Grube zurück, wusch sich die Hände ab und ging.

„Wenn Ihr meint, ich wär ein Hundelumpen, so seid Ihr schief gewickelt. Zum Hundelumpen halten laß ich mich nit.“

Am folgenden Tag war Brand. Die Klar hatte immer die Ziegel gebrannt seither. Nun laß der Ofen voll, und die Klar war weg. Dem Seifertjakob war doch ein bißchen angst.

Aber der Drehermartin hatte ein großes Maul. „So gut wie das Weibsbild verstehe er das Brennen auch.“

Der Seifertjakob ließ ihn brennen. Aber es gab einen schlechten Brand. Mehr als zwei Drittel Schlacken.

Und draußen vor der Hütt schritt die Klar mit Ausräufersritten auf und ab, die Hände in den Rocktaschen, wie ein Mann, und lodte die Gänse: „Komm Wullewullewullewulle, komm.“ Und ein Karren voll Schlacken nach dem andern mußte nach dem Schlackenhausen an ihr vorbeigefahren werden.

Keiner Profit! Nach ein paar Tagen kam der Seifertjakob und bat sie, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie stellte keine Bedingungen — sie tat's. Sie wußte, sie brauchte keine Bedingungen zu stellen, es wagte sich keiner

mehr an sie. Die Stachelreden gingen noch, aber es häßte sich jeder gehütet, deutlich zu werden. Es fürchtete sich jeder, eine heimgeleuchtet zu kriegen.

Nur die Stangin ließ die Klar gewähren. Die alte Lisbeth hatte es ihr geraten.

„Rede üble Rede läuft sich einmal von selbst tot. Das ist so. Dazu braucht man nichts zu machen. Und jeder böse Mund wird von selbst müd.“

„Ja, ja“, warf dann die Klar ein, „aber man kann die Geduld dabei verlieren.“

„Das kann man, aber man muß sich überwinden. Es hilft nichts. Das Gute bleibt doch von einem Menschen. Wenn sie alle Schlichtes von einem geglaubt haben, mit einmal ist doch das Gute oben auf.“

„Glaubt Ihr, Lisbeth?“

„Steiß und feist. Ich bin alt, recht alt — ich hab aber immer in meinem langen Leben das Schlichte unterliegen und das Gute siegen sehen.“

„Aber 's sieht doch manchmal ganz anders aus.“

„Es sieht nur so aus.“

„Morgen, um sechs jetzt, hör ich schon der Stangin ihr'n Klossfuß über die Gäß schleifen.“

„Es ist nit recht, Klar, daß sie von der Stangin ihrem Körperfehler was sagt, das ist dem Menschen eher sein Leid als seine Schand.“

Die Klar wurde rot.

„So mein ich's auch nit, Lisbeth. Ich mein nur, man kennt sie dran. Die Euch am Holzbein. Aber das ich Euch eher zur Ehr.“

„Auch das nit. Es ist, wie einem andern die zwei gesunden Bein. Man muß nur eben sehen, damit weiter zu kommen — und durchzukommen durch die Welt. Und das in Ehren. Ja, das in Ehren, wenn auch mit Unglück. Das Unglück mach't's nicht, wie's einer trägt, das gilt.“

„Sie braucht nun eine halbe Stunde länger in die Kirch und eine Stunde länger aus der Kirch, das alte

Gewitteraad. Nur, weil sie mich ausmachen muß. Das nimmt viel Zeit in Anspruch. Und was ist's denn Unrechtes, daß ich mein Philipp was will lernen lassen, und daß ich ihn in die Schul vom Krafft getan hab?“

„Das muß sie nit fragen, Klar, das muß sie wissen, daß das nichts Unrechtes ist.“

Die Klar machte nur helle Augen. Es war so gut, mit der Lisbeth zu plaudern. Sie wußte, was sie wußte, so fest und gewiß, wie der Kirchturmbahn, woher der Wind weht. Und sie sprach so weich, es tat einem ordentlich wohl.

„Wenn die ganze Gäß Stein auf sie wirft, Klar, nit dagegen werfen. Ein Stein gegen so viele ist nichts. Und der eine Stein gibt ihr Unrecht, Klar. Aus dem einen machen sie die andern ein Recht. Die Welt ist so.“

„Aber was denn dann tun?“

„Absteits gehen und warten, bis wieder das Recht gilt. Einmal gilt's wieder. Ganz gewiß, einmal gilt's wieder.“

„Aber leicht ist das nit.“

„Nein, aber das Richtige ist's. Und hintenach ist man froh drum. Die andern aber müssen sich schämen.“

„Ja, schämen — die und schämen.“

„Es gibt keine Menschen, Klar, die sich nit schämen. Glaub sie mir's, wer nur noch einen Funken Gutes in sich hat, der schämt sich auch. Und jeder hat noch einen Funken Gutes in sich. So schlecht sind die Leut hier nit, wenn's auch so scheinen könnt.“

„Noch schlechter sind sie.“

„Klar, das Gute sieht nit so oben drauf, wie sie meint. Das Gute sieht weiter unten. Drum hat's oft so viel Not, bis es oben drauf kommt. Aber auch grad drum sind die Menschen meist nit so, wie sie scheinen, sondern ganz unten ganz anders. Viel besser und schöner.“

„Ich glaub, Lisbeth, das lern ich nie. Ich bin ein Raubraub. Da ist alles, wie's auswendig ist. Sie guckt, wie's inwendig ist. Das lern ich nie.“

„Sie lern't's noch.“

(Fortsetzung folgt.)

Groß-Berlin

Trotz alledem!

Heute vor drei Jahren gab sich die deutsche Republik ihre Verfassung. Die Kaiser, Könige, Großherzöge, Herzöge, Fürsten usw. sind verjagt. Noch ist mehr zu schaffen. An dem heutigen Tage gedenken wir neben den Taten unserer Revolution auch der alten Revolutionäre und ihrer Säger. Zu ihnen gehört neben Herwegh, Hoffmann von Fallersleben auch Ferdinand Freiligrath, dessen nachfolgendes Gedicht und trübseliges „Trotz alledem“ noch vollkommen in die heutige Zeit paßt.

Ob Armut eurer Poch auch sei,
Hebt hoch die Stirn trotz alledem!
Geht lähn dem feigen Knecht vorbei,
Wagt's, arm zu sein trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz niederem Pfaß und alledem
Der Rang ist das Gepräge nur,
Der Mann das Gold trotz alledem!

Und sitzt ihr auch beim fargen Raß!
In Wohl und Weh und alledem,
Gönnt Schurken Samt und Goldpokal —
Ein Mann ist Mann trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Prunk und Pracht und alledem!
Der brave Mann, wie dürftig auch,
Ist König doch trotz alledem!

Helst „gnäd'ger Herr“ das Bürschchen dort,
Man sieht's am Stolz und alledem,
Doch lenkt auch Hunderte sein Wort,
's ist nur ein Tropf trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Band und Stern und alledem:
Der Mann von unabhängigem Sinn
Sieht zu und lacht zu alledem!

Ein Fürst macht Ritter, wenn er spricht,
Mit Sporn und Schild und alledem!
Den braven Mann kreiert er nicht,
Der steht zu hoch trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Bürdenschmud und alledem —
Des Innern Wertes Holz Gefühl
Kauft doch den Rang ab alledem!

Drum jeder fleh', daß es gesch'he,
Wie es geschieht trotz alledem,
Daß Wert und Kern, 's nah wie fern,
Den Sieg erringt trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Es kommt dazu trotz alledem,
Daß rings der Mensch die Bruderhand
Dem Menschen reicht trotz alledem!
Nach Robert Burns von Ferdinand Freiligrath.

Die Feiern am heutigen Verfassungstage

Die Kundgebungen zur Erinnerung an die Schöpfung der Weimarer Verfassung versprechen im ganzen Lande einen großen Erfolg. Überall haben sich zur Mitarbeit an den Vorbereitungen für den allgemeinen Feiertag des neuen Deutschlands alle Kräfte zusammengeschlossen, die auf dem Boden von Weimar den Aufbau und Ausbau des neuen Staates betreiben wollen. In Berlin wird die staatliche Veranstaltung am Freitag und Samstag durch Kundgebungen der SPD. (Rirkus Bulch) und der Demokratischen Partei (Kammerstraße) unterstützt werden. Nebenbei geben die Jugendkundgebungen in der Brauerei Friedrichshain und die große republikanische Abendversammlung im Lustgarten (Dom und Altes Museum). Diese beginnt um 8 1/2 Uhr und bringt bis zum Anmarsch des Nachzuges zum Staatstheater die Neben namhafter Politiker aller republikanischen Parteien. Resitationen bekannter Berliner Schauspieler und ein Platzkonzert. Den Abschluß der gesamten Veranstaltungen bildet der Nachmarsch vom Staatstheater, Umana durch die Linden und Zusammenmarsch der Bader im Lustgarten.

Die Umbildung der Polizei

Auf Verlangen der R. M. A. A. wird die preussische Polizei auf den Stand der Organisation von 1913 zurückgeführt. Der Erlaß des Ministers des Innern vom 24. Mai ist bis ins kleinste die Neuregelung vor.

Nach diesem Erlaß werden künftig Revierbeamte und Bereitschaft oder Reserveabteilungen bei der Schutzpolizei bestehen. Alle mit den polizeilichen Aufgaben nicht in Einklang zu bringenden Obliegenheiten, besonders militärische Spielereien, fallen fort. In Preußen sind die Schutzpolizei-Beamten zu unmittelbaren Staatsbeamten durch das Schutzpolizeigesetz gemacht. Jede Beförderung, das wie im Reichsrahmengesetz angedeutet, der Beamte Angestellter werden könnte, ist nach der Versicherung des Ministers des Innern hinfällig. Die Polizei bekommt eine blaue Uniform. Sie soll durchaus von der Reichswehr abweichen. Vorbehaltslich geringer Verzierungen wird Berlin 11.078 Beamte für die Revierpolizei und 6800 Beamte für die Reserveabteilung bekommen.

Der luftpolizeiliche Ueberwachungsdiens für die Provinz Brandenburg, der die Regierungsbezirke Frankfurt a. O., Potsdam, Stadtkreis Berlin sowie Regierungsbereich Schneidemühl einfaßt. Grenzmark Posen und Wehrpreußen wird von zwei oberen Polizei-Exekutivbeamten und 50 Polizeiwachtmeistern ausgeführt werden.

Die Beamten der Verwaltungspolizei bleiben vorläufig von den neuen Bestimmungen unberührt. Die Leitung der Reviere wird polizeilichen Sachleuten, die als Reviervorsteher tätig sein werden, überlassen. Alle militärischen Uebungen sind streng untersagt.

Die bei der Schutzpolizei außerordentlich wichtige Frage der Weisungsbeschränkung ist dahingehend gelöst, daß

die in den Revieren tätigen und nach dort überwiesenen Beamten der prozentualen Beschränkung nicht unterliegen. Von den in den Reserveabteilungen bleibenden jüngeren Beamten wird eine gewisse Zahl ebenfalls die Weisungsbeschränkung bekommen. Die Tätigkeit der Schutzpolizei umfaßt im allgemeinen folgende Aufgaben: Schutz der Republik und des Gemeinwerts, der Person und des Eigentums gegen gewalttätige Rechtsverletzung jeder Art, Erhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere auf öffentlichen Plätzen, Straßen, Brücken, sowie Schutz der öffentlichen Anlagen, Erhaltung der öffentlichen Sicherheit bei Versammlungen, öffentlichen Aufzügen, sowie bei Gelegenheit des Zusammenströmens größerer Menschenmengen, Verhütung strafbarer Handlungen sowie deren Erforschung und Verfolgung bis zum Einreifen der Kriminalpolizei. Verkehrs- polizei, Verkehrsregelung, Beaufsichtigung des öffentlichen Verkehrs sowie des Straßengewerbetriebes, Feuerpolizei, Verkehr mit Sprengstoffen und leicht entzündlichen Stoffen, Bahnhofsdienst, Gewerkepolizei, Marktpolizei, äußere Beibehaltung der Sonn- und Feiertage, Theaterdienst, Fürsorge für Hilfsbedürftige, Verletzte und Kranke, Gefangenentransportwesen. Die Ausbildung der neu aufgenommenen Beamten erfolgt auf der Polizeischule, deren je eine für jede Provinz vorgesehen ist. Den jüngeren Polizeiführern steht der Aufsicht auch zu den Polizeioffizieren offen. Das Ministerium hat in dem Plan der Umformierung circa 40 Prozent der Stellen offen gelassen.

Die Bevölkerung, die am Aufbau der Polizei das größte Interesse hat, kann durch den Erlaß vom 24. Mai d. J. in jeder Hinsicht beruhigt sein. Es wird versucht, eine wirkliche Polizei zu schaffen und alle stillen und geheimen Hoffnungen gewisser Kreise, durch die Schutzpolizei etwas anderes zu erreichen, sind wohl bald als erledigt zu betrachten. Der größte Teil der Beamten ist mit der Neuregelung von Herzen einverstanden, da die Beamten wirklich Polizei- beamte und nicht etwa Reichswehr 2. Klasse sein möchten.

Kriegsbeschädigte auf der Straßenbahn

Im allgemeinen haben die deutschen Straßen- und ein großer Teil der Kleinbahnen den deutschen Kriegsbeschädigten auf ihren Strecken bestimmte Vorrechte und Vorteile gegenüber den gesunden Fahrgästen eingeräumt, die bisher auf den arbeitslosen Unternehmern, der Berliner Straßenbahn, noch in keiner Weise Geltung hatten. Die Reihe dieser Vorteile ist je nach der einzelnen Bahn verschieden, gemeinsam haben jedoch fast alle dieser Bahnen eine Fahrpreisermäßigung für Schwerbeschädigte, sei es durch Abgabe billigerer Zeitkarten, sei es durch die Ermäßigung von Einzelfahrten auf Grund eines besonderen Ausweises. Nach langem Auaern und erst als der Fahrpreis der Straßenbahn nach Berlin auf der für einen erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten fast unerwünschten Höhe von vier Mark die Einzelfahrt angekommen war, hat sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung zu einem Beschluß verhalten, der eine Fahrpreisermäßigung für minderbemittelte und in höherem Grade erwerbsbeschränkte Kriegsbeschädigte vorsieht.

Wie bei ähnlichen Vorrechten für die Kriegsbeschädigten sollte auch in diesem Falle das Reich die Mittel für die dauernde Durchführung dieses Beschlusses bewilligen. Daher wurde die Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte auf den Strecken der Berliner Straßenbahn zur Begünstigung dem Reichsarbeitsministerium vorgelegt, nach dem das städtische Verkehrsamt die genannten Bestimmungen nach den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Richtlinien ausgearbeitet hatte. Wochen lang über diese Sache im Reichsarbeitsministerium. Eine weitere Pariserhöhung hat für die Kriegsbeschädigten, die in den Genuss einer billigeren Straßenbahnfahrt kommen sollten, die Benutzung der Straßenbahn vorläufig zur Unmöglichkeit gemacht.

Mühsam müßen die Schwerbeschädigten ihren meist nicht kurzen Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück zurücklegen, ohne daß das Arbeitsministerium in dieser Angelegenheit irgendeinen Beschluß erteilt hätte. Eine tut not und wer schnell gibt, gibt doppelt!

Lausbuben

Welche Verheerungen die deutschnationale und besonders deutsch-völkische Hebe in den Köpfen Jugendlicher anrichtet, zeigte sich prägnant durch die Ermordung Rathenau's. Die Gefahren einer weiteren nationalistischen und völkischen Verheerung unreifer Jugendlicher dürften keinesfalls unterschätzt werden, denn gar zu leicht werden Jugendliche, die fast keine moralischen Hemmungen kennen, für ein „Ideal“ zu Verbredern. Seit dem Mord an Rathenau ist nach der Richtung hin die Jugendlichkeit von den deutschnationalen Verbrederskandalen fernzuhalten, von der Regierung so gut wie nichts getan. Diese Jugendorganisationen bestehen weiter und ihre Angehörigen, Lausbuben im wahren Sinne des Wortes, treten immer frecher auf. Die Alten der Votungemeinde sind noch etwas zurückhaltender, die Jungen glauben aber, daß die Lust für ihr Treiben wieder rein sei. Ihnen muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden, und zwar auch im eigenen Interesse dieser Völkische, für die es viel besser wäre, wenn sie sich auf den Dossendoben setzen und etwas lernen. Es ist eine Tragikodie, daß das Volk, daß die Republik außerordentlich hohe Aufschüsse für höhere Schulen und Universitäten abt, und die Jungen, die auf Grund dieser Aufschüsse sich Wissen aneignen können, sie sind Gegner der Republik und damit Feinde der Volksgemeinschaft.

Immer und immer wieder steht man höhere Schüler mit monarchistischen Ansichten. In der Gegend des Bahnhof's Weihenstephan kann man diese grünen Durstigen, die unter der Dohut eines Pfaffen stehen, täglich beobachten, trich und frei mit dem Abzeichen des Bismarckbundes oder anderen kaiserlichen Schmuck.

Ein Genosse berichtet uns von dem Treiben einer ganzen Bande dieses hoffnungslosen Nachwuchs am Bahnhofs- hof. Zwei Passanten, die Wanderkleidung trugen, liefen Gel- fahrt, von diesen fittich vermischteten Juwenen Beuten ver- prägt zu werden. Ihrer Unterhaltung nach waren sie auf einer Kommunistenversammlung. Schließlich verschwand die ganze Gesellschaft mit „Deutschland, Deutschland über alles“ im Tiergarten.

Arbeiter, paßt auf, tretet dem Treiben entgegen, weist diese Lausbuben in ihre Schranken zurück, daß sie sich dort verfrachten, wo sie hingehören: an Mitters Schürze. Daß sich die Eltern solcher Krüchtchen eigentlich denken, daß wir's auch einem Nervenarzt unklar sein.

Das Verfahren gegen die Rathenau-Mörder

In der Rathenau-Mordfrage sollte, wie berichtet, die Vor- untersuchung in diesen Tagen von dem besonders beauftrag- ten Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Dr. Alken, ge- schlossen werden. Es ist jedoch im letzten Augenblick noch eine Verzögerung des Abschusses des Vorverfahrens ein- getreten. Der Kapitänleutnant Dietrich, der auch in die Mordfrage verwickelt ist und wie erinnerlich, vor kurzem in Erfurt in Haft genommen wurde, ist erst vor wenigen Tagen in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Da die Voruntersuchung auch auf ihn ausgedehnt worden ist, sind weitere Vernehmungen erforderlich ge- wesen, weshalb der Abschluß der Voruntersuchung sich noch einige Tage hinaziehen wird. — Uebriqens befreitet der in der Sache verwickelte Voh, von dem nannte Mordplay und der Bestimmung des unterzubringenden Autos etwas ge- wußt zu haben. — Tschow hält die Version aufrecht, daß er nur auf Befehl und nach seiner späteren Weigerung ge- zwungenermaßen das Mordauto geführt habe.

Von der StraÙe zum Spielplatz

Die Notwendigkeit der Schaffung neuer Spielplätze für die Erleichterung unserer heranwachsenden Jugend hat den Bezirk Wilmersdorf auf den nicht alltäglichen Ausweg ge- bracht, den Teil einer StraÙe in einen Spielplatz umzu- wandeln. Nach einer Befragung der Weapolizei im Wilmersdorf soll die Wangenheimstraße zwischen der Barm- brunner und Reinersstraße eingezogen werden, um auf dem so gewonnenen Gelände einen Spielplatz anzulegen. Ein- sprüche gegen die Absicht können innerhalb von vier Wochen bei der Wilmersdorfer Weapolizei Abt. 1 geltend gemacht werden.

Wiederaufnahme der Quäterspeisung in Neukölln.

Die allgemeine Schulspeisung sowie die Speisung werden- der und hilfender Rütter, Jugendlicher (11—18 Jahre) und Kleinkinder (2—6 Jahre) nimmt Montag, den 21. August d. J., wieder ihren Anfang. Für die letztgenannten Per- sonenkreise ist vorherige Anmeldung im Büro der Quäter- stiche, Bergstraße 55, erforderlich. Die Meldungen können schon jetzt, und zwar werktags von 9—3 Uhr, erfolgen. Der Preis für eine Essensportion beträgt 1 Mk. und ist wöchentl. im voraus zu entrichten.

Aufhebung der Sperre über die Brauerei Friedrichshain. Die zuständige gewerkschaftliche Organisation teilt uns mit, daß die Sperre über die Brauerei Friedrichshain aufge- hoben ist.

Jugendweibe, Lichtensera. Der Vorbereitungsunterricht zur Jugendweibe beginnt am Sonnabend, dem 19. August, nachmittags 4 Uhr, im Gelandesaal des Jahn-Real- gymnasiums, Marktstraße. Anmeldungen von Kindern der christlichen Schule, die an der Jugendweibe teilnehmen wollen, werden dort noch entgegengenommen.

Beihilfe für den Zoo. Der Magistrat hat beschlossen, den dem Zoologischen Garten gewährten Betriebszuschuß in Höhe von 400.000 M. in eine Beihilfe umzuwandeln. — Das Kind hat also nur einen anderen Namen bekommen, wonach dem Zoo in Wirklichkeit nicht sonderlich adient sein dürfte. Unseres Erachtens ist es Pflicht der Kommune, mehr Mittel für den Zoo aufzubringen und andererseits Mittel, z. B. beim Kapitel „Seefische“ zu sparen.

Keine Ausländersteuer in Berlin. Der Magistrat ist dem Beschluß der Finanz- und Steuerdeputation beigetreten, von der Erhebung von Steuerzuschlägen von den Ausländern Abstand zu nehmen.

Erhöhung der Gebühren für die Bedürfnisanstalten. Der Magistrat hat beschlossen, die Gebühren für die Benutzung der Bedürfnisanstalten wie folgt festzusetzen: 1. M. 1.50 M., 2. M. für Männer 0,75 M., 2. M. für Frauen 0,50 M. Die neuen Gebühren sind sofort zu erheben. Der Stadtverord- netenversammlung ist schriftlich Vorlage zu machen.

Die Bauarbeiten an der Untergrundbahn Nord-Süd in der mittleren Friedrichstraße nähern sich allmählich ihrem Ende. Selbst die schmerzhaften Arbeiten unter dem Tunnel der Untergrundbahn Leipziger Platz—Spittelmarkt, der von der Nord-Südbahn im Auge der Rohrenstraße gekreuzt wird und von dem aus ein Verbindungsgang nach dem Bahnhof Leipziger Straße abzweigt, sind jetzt so weit beendet, daß ein großer Teil der vorläufigen Pfäde- rung in der Friedrichstraße fertiggestellt werden konnte und die Straße für den Straßenverkehr, der seit Jahren ge- sperrt war, teilweise wieder freigegeben werden konnte. Gleichmähig mit dem Ausbau fortschreitend wird auch an dem Innenausbau der Bahn gearbeitet, die ihrer endlichen Fertigstellung wenigstens auf der Stammstrecke entgegen- steht.

Die Schieferel auf Vorortzüge will kein Ende nehmen. Vorgeftern abend um 8 Uhr erhielt wieder ein Zug auf der Strecke Friedenau—Steglich zwischen der Schwarzgraben und der Saarbrücke einen Schuß. Die Kugel zertrümmerte ein Abteilfenster und blieb in der gegenüberliegenden Wand stecken. Verletzt wurde niemand. Mittelungen zur Auf- klärung, für die eine Belohnung von 5000.— M. ausgesetzt ist, nimmt Kriminalkommissar Fr. Niemann in Zimmer 34 des Polizeipräsidiums entgegen.

Bei Hautausschlag, Beinschäden (Krampfadern)

Ist San.-Rat **Hautsalbe** seit 100 Jahren
ein mildes und wirksames Mittel. Original-Flasche 50 — und 70 — Mark.
Elefant-Apotheke, Berlin SW., Leipziger Str. 74. Preispr. 11/12.

In **Ed. Goldackers** kauft man Lebensmittel am besten u. billigsten. Eigene Dampfmühle • Eigene Bäckerei. Mehle.

28 Filialen in allen Stadtteilen

Centrale: Brunnenstr. 129/30
Telef. Amt Hamboldt 5813/14

Gewerkschaftliches

Dienstprämien bei der Eisenbahn

Das Reichsverkehrsministerium hat den Entwurf einer Verfügung vorgelegt, der besondere Dienstprämien bei Steigerung der Dienstleistungen vorseht. Diefür sollen in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember dieses Jahres über den Lohnstarif hinaus (Jedergelt widerruflich) versuchsweise geldliche Zuwendungen gewährt werden. Für angepannten Dienst bei gesteigerten Betriebs- und Verkehrsleistungen, selbstverständlich unter Einhaltung der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit, sollen die Aufwandsentschädigungen des Fahrpersonals das Doppelte resp. Vierfache betragen. Die Rangierprämien des Rangierpersonals können vervierfacht bzw. verdreifacht werden. Außerdem soll für die übrigen Besoldungsgruppen eine besondere Tagesvergütung von 20 bis 60 Mark gezahlt werden.

Es zeigt sich hier die völlig falsche Personalpolitik des Reichsverkehrsministeriums. Zur „Hebung der Wirtschaft“ sind im verflochtenen Jahr bei der Reichseisenbahn insgesamt 20000 Angestellte entlassen worden. Auch die Zahl der Arbeiter hat sich durch freiwillige Austritte infolge der schlechten Bezahlung wesentlich verringert. Jetzt will das Verkehrsministerium durch Gewährung von Millionen und aber Millionen Mark an Prämien die Arbeitskraft der Beamten und Arbeiter auf das höchste anspannen. Von einer Hebung der Wirtschaftlichkeit ist allerdings wenig zu bemerken.

Mit der Angelegenheit werden sich die Eisenbahnerorganisationen noch zu befassen haben; bis jetzt liegt eine offizielle Stellungnahme der Gewerkschaften noch nicht vor.

Eisenbahner! Auf zur Delegiertenwahl!

Am Sonntag, den 13. August, sollen die Berliner Eisenbahner ihre Delegierten zum kommenden Verbandstag wählen. Die Kommunisten versuchen mit allen Mitteln, für ihre Kandidaten Stimmung zu machen. Zu diesem Zweck erzeugen sie künstlich Konfliktsstoff, um die Gewerkschaftler der Amsterdamer Richtung bei den Arbeitern in Mißkredit zu bringen.

Die Kommunisten stellen sich den Eisenbahnwählern als alleinige Vertreter der Einheitsfront vor. Unter Einheitsfront verstehen die Kommunisten Verschärfung des Kampfes der Arbeiter gegen die eigene Klasse. Die Vertreter der Amsterdamer Richtung sind im Gegensatz hierzu der Meinung, daß mit diesem Bruderkampf der Sache der Reaktion gedient ist.

Welche Absichten die Kommunisten auf dem kommenden Verbandstag verwirklichen wollen, besagt deutlich ein Ausspruch eines Kandidaten der K.P.D. Er sagte wörtlich: „Wir müssen den moralischen Bau der Gewerkschaften zerbrechen.“

Eisenbahner! Keine Stimme diesen kommunistischen Zerstückelungspolitikern! Wer gewillt ist, die Einheit der Gewerkschaften, dieses Machtinstrument des Proletariats, zu erhalten, der wäble am Sonntag nur die Kandidaten der Richtung Amsterdam!

Paul Becker, Max Bonabi, Paul Dahn, Fritz Jaser, Max Klein, Hermann Pugsle, Karl Schäfer, Alfred Stelldindt, Johann Weiser.

Lohnbewegung in der Berliner Metall-Industrie

Die Funktionäre der Berliner Metall-Industrie hatten das Metallkartell beauftragt, erneut mit dem Verband Berliner Metall-Industrieller über die August-Löhne zu verhandeln. Die Unternehmer lehnten eine weitere Verhandlung von Organisation zu Organisation ab. Sie lehnten auch anfänglich ab, vor einem Schiedsgericht zu erscheinen. Daraufhin ordnete die Organisation für Montag, den 7. August, Urabstimmung in den Betrieben an. Das Abstimmungsresultat ist bisher wie folgt: Abgegeben Stimmten 95814. Für die Annahme des Schiedsgerichts wurden 11117, für Ablehnung 84697 Stimmen abgegeben. Ungültig waren 1549 Stimmen.

Auf Grund dieses Abstimmungsresultates trat der D. M. V. erneut an das Reichs-Arbeitsministerium mit dem Ersuchen heran, ein Schiedsgericht einzusetzen. Das Schiedsgericht tagte am 10. August unter dem Vorsitz des Herrn Staatssekretärs a. D. Orzeszinski, Dr. Hodenkein und Dr. Platon. Nach annähernd vierstündiger Verhandlung gab der Vorsitzende ohne Begründung folgenden Spruch bekannt:

Das unter dem 1. August 1922 durch Verhandlungen der Tarifparteien zustande gekommene Ergebnis über die Renfassung des Teiles III des Tarifvertrages vom 4. 5. 1921 entspricht nach Ansicht des Schlichtungsausschusses

dem, was nach dem inzwischen bekanntgewordenen Reichs-Index damals billig war.“

Beide Parteien werden verpflichtet, bis Dienstag, mittags 12 Uhr, mitzuteilen, ob sie sich mit dem Spruch einverstanden erklären oder nicht.

Am 11. August findet eine Funktionärerversammlung statt. Das Lokal wird im Inseratenblatt dieser Nummer bekanntgegeben. Die Kollegen des Metall-Kartells treffen sich um 8 Uhr im selben Lokal.

Der Schiedspruch für den Einzelhandel.

Die Handelshilfsarbeiter, die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisiert sind, nahmen am Dienstag, den 8. August im Großen Saal des Gewerkschaftshauses Stellung zu dem vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch, welcher eine Erhöhung auf die Juli-Löhne von ca. 15 Prozent für August vorsieht. Die Versammelten lehnten den Schiedspruch ab und beauftragten die Organisationsleitung, nochmals mit der Einzelhandels-gemeinschaft in Verhandlung zu treten. Am Montag den 14. August er. soll im Großen Saal des Gewerkschaftshauses in einer Mitgliederversammlung die endgültige Entscheidung fallen.

Lohnbewegung der Wachangestellten.

Der Deutsche Portierverband teilt mit: Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse war die Organisation wieder gezwungen, an die Unternehmer mit Lohnforderungen heranzutreten. Es ist nun durch das feste Zusammenhalten der Kolonnenchaft gelungen, neue Löhne festzusetzen. Diefelben betragen ab 1. 8. für Revierwächter 5300.— Mk. für Separatwächter 4775.— Mk. für Kontrollreure 5650.— Mk. pro Monat. Wohl wissen wir, daß diese Löhne lange nicht ausreichend sind, doch war es möglich, wieder 60 Prozent Erhöhung durchzusetzen. Wir geben hiermit die Tariffirmen bekannt, mit der Bitte besonders an die Betriebsräte der Abonnenten, dafür zu sorgen, daß Aufträge nur an Tariffirmen vergeben werden.

Berliner Wach- und Schließgesellschaft, Friedrichstraße 61. Berliner Wach- und Schließgesellschaft, Jmp. Oberpreze, Johannistal. Nachwachgesellschaft Charlottenburg, Kommenstraße 15. Wachgesellschaft für Berlin und die Vororte, Friedrichstraße 61. Adler, Deutsche Wachgesellschaft und Deutsche Wachgruppen, Belle-Alliance-Platz 18. Bewachungsgesellschaft für Berlin und Nachbarorte, Friedrichstraße 125. Wirtschaftsgen. Berl. Grundbesitzer, Burgstr. 1. Wachschutz Ost. a. D. Steinweg, Culmbacher Straße 14. Wachge. Harun al Raschid, Hinterlag-Bez. Friedrichstr. 225. Allgemeine Wachgesellsch. des Bez. 50. Tauentzienstraße 1. Auskunft wird im Büro Danneberg Straße 31 (Kurf. 9892) erteilt.

Rußland- und Georgienhilfe

Bei der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend gingen ferner folgende Beiträge ein:

A. G. 24. Gesamt. Dresden 200.00 Mk., Hf. Fr. Elbogen 10.00 Mk., G. Simon, M. Anselm 100.00 Mk., Verb. d. Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Hufe 9. Rate 5420.00 Mk., R. N. Geisenhagen 200.00 Mk., Gen. Kanten 20.00 Mk., Verb. der Trund u. Co. 112.00 Mk., Arbeiter bei Reimer 100.00 Mk., 3 Kollegen bei Hans Landwehr 11 (1. Mai Bechtler) 247.80 Mk., Handelt-hilfskartell, bei 2. Jürgens 45.00 Mk., Rentnerverein der Reichsbank 30.00 Mk., 24. Holzarbeiter-Verband 10 923.15 Mk., Berlin-Kasse der U.S.G. Ostpreußen-falle Berlin 1000.00 Mk., Verb. der Trund u. Co. 112.00 Mk., Carl Bied 60 Mk., Arbeiter der Brauerei Engelhardt, Tausch 605.00 Mk., 21. Metallarbeiter-Verband 4. Konto 50 600.00 Mk., Linden 50.00 Mk., Hermann Rebsch buch Schmidt-Berlin 23.00 Mk., G. G. 6000.00 Mk., Arbeiter bei Trund u. Co. 102.00 Mk., Verband der Kaufleute 7053.50 Mk., Arbeiter der früheren Admiralitätsbinder 700.00 Mk., Frau Pöhl, Kraußstr. 15, 50.00 Mk. von Kollegen des Metallkartells 220.10 Mk., Hoff 10.00 Mk., Epsteinrein „Zorn“ 55.00 Mk., 21. Bauarbeiter-Verband 2978.10 Mk., Arbeiter bei Trund u. Co. 120.00 Mk., 21. Transportarbeiter-Verband 4. Konto 15 600.00 Mk., Arbeiter bei Trund u. Co. 108.00 Mk., Bezirksverband der U.S.G. auf Hufe 2247.00 Mk., Reichsbank-Berlin 1650.00 Mk., Arbeiter bei Trund u. Co. 104.00 Mk., 21. Transportarbeiter-Verband auf Hufe 13 000.00 Mk., Reifste 10.00 Mk., Verband der Brauereiarbeiter 100.00 Mk., Belegkass. der Firma Trund u. Co. 108.00 Mk., Die Schmittler 30.00 Mk., In Summa 118 102.25 Mk. Betreits ausliefen 2 372 082.00 Mk., Gesamtsumme 2 490 154.85 Mk.

Gelder durch die Post sind an die Adresse Hans Siemontz, Berlin SO. 16, Enaculser 24-25, zu richten.

Zum Streikabbruch bei H. Berthelm. Die uns mitgeteilt wird, ist die Dessenität über den Streikabbruch bei Berthelm nicht richtig informiert worden. Um Mißverständnissen vorzubeugen, teilen wir mit, daß der Streikabbruch von der Organisation und den Streikenden beschlossen worden ist, nachdem mit dem Unternehmer die Vereinbarung abgeschlossen war, daß sämtliche am Streik beteiligten Arbeiter und Anachells sowie die beiden gemahregelten Betriebsräte wieder eingestellt werden. Damit war der Zweck des Streiks erreicht.

Streik bei Mix & Genest. Die Arbeiter der Bauabteilung der Firma Mix & Genest, Telephon- und Telegraphenwerke in Eckenberg, befinden sich im Streik. Die

Firma hat den übrigen Betrieb ausgesetzt. Es wird erucht, Solidarität zu üben.

Lithographen, acht nicht nach Bulgarien. Die der Verband der Lithographen und Steindrucker mitteilt, steht der typographische Verband Bulgariens vor einer Lohnbewegung. Die bulgarischen Arbeitgeber bemühen sich nun, ausländische Arbeitskräfte, namentlich aus Deutschland, der Tschecho-Slowakei und Oesterreich, zu engagieren. Es wird nachdrücklich vor jeder Stellungnahme nach Bulgarien gewarnt. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Eine Wirtschaftshilfe von 5000 Mark fordern die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes der Ortsgruppe Rauen. In einer Resolution wird die Verhandlungsleitung aufgefordert, sofortige Verhandlungen mit der Regierung auszubauen.

Parteiveranstaltungen

Freitag, den 11. August.

8. Bezirk, 2. Abteilung (Berlin-Mitte). Abends 7 1/2 Uhr Verteilung der Karte, Streiktag.

Sonabend, den 12. August.

3. und 6. Bezirk, Rindermarkt. Rindermarkt auf der Spielwiese am Rindermarkt. Treffpunkt alle 8 Uhr im Reinen Tiergarten am Zenital.

Niederbarnim Nord (Bezirksgemeinde Charlottenburg). Abends 7 Uhr im Cransberg, Mühlentstraße, Restaurant Seeger, Funktionärskonferenz. Jeder Ort muß vertreten sein.

Sereinskalender

Freitag, den 11. August.

Der Volkshilfs-Eberknecht und der Sängerchor Riechschneeweiß-Johannistal, beide Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, haben sich zu einem Chor veramalgam. Choransammlung am Freitag, den 11. 8., abends 7 Uhr vor der Mensurhalle in den Keln.

Verband der Kaufleute und Papierverarbeiter, Althaus, Woyden- und Galanteriebranche. Abends 7 Uhr bei Postler, Weberstr. 17. Branchenversammlung gemeinsam mit den Seilern und Portefeuillern. Tagesordnung: Bericht von den Tarifverhandlungen in Frankfurt a. M.

Verband der Bauleiter, Tapezierer- und Vorarbeiter, Kleinfabrik und Vorarbeiter-Verband. Abends 7 Uhr bei Müller, Weberstr. 17. Branchenversammlung.

Bezirksverband der Schuhmacher. Abends 6 1/2 Uhr Branchenversammlung der Friedrichshagen-Schuhmacher bei Müller, Wehlfabrikstr. 30.

Sonabend, den 12. August.

Zentralverband der Hotel-, Restaurations- und Gastschaffenden. Gruppe Mühlent. Gruppenversammlung, abends 8 Uhr, im steinboiler Hof, Rosenstraße 11-12.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Journaufseher. Abends 7 Uhr, im Generalhofsbaud, Engelstraße 24/25, 1. Versammlung. Tagesordnung: Bericht über die letzten Lohnverhandlungen.

Jugendbewegung

Die Gruppenveranstaltungen haben nicht statt. Dafür treffen 6 1/2 Uhr Wehlfabrik zur Sozialkampfbier.

Bestallische Arbeiterjugend, Gruppe Nordhorn. Die Mitglieder treffen sich an der Gefährdungstanz im Saalbau Friedrichshagen. Treffpunkt 7 Uhr Kaminplatz.

Arbeiter Sport

Arbeiter-Sportklub „Solidarität“, Toren für Sonntag, den 13. August, 1. Abteilung: 12., abends 10 Uhr Beleg: 13., 1 Uhr am Stadt. Schloßstr. 38. — 2. Abteilung: Kitz-2000er, Start früh 4 Uhr, Glan- uer 53. — 7. Abteilung: 12., abends 5 Uhr Coerdmalbe, Kitzfeldstr. 13., früh 5 Uhr, Coerdmalbe, mittags 1 Uhr, Schönmalbe, Start Kolonnenstr. 147. — 11. Abteilung: 12., abends 5 Uhr Coerdmalbe: 13., mittags 12 Uhr, Fernau (Gaismann), Start Hirschstr. 9. — 12. Abteilung: Grünweide, Start 6.30 Uhr Oberried, Coerdmalbe. — Jugendabteilung: Straußfeld bei Straußberg. Start früh 5 Uhr Bahnhof Kronfurter Allee. — Die Gausenfahrt fällt aus. Ten Abteilungen wird empfohlen, zum Kitzfeld-Sportfest nach Wehlfabrik zu fahren.

Das 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest im Hifa. Die Veranstaltung des Hifa, das 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig findet am Freitag abends um 8 Uhr im Thalia-Theater Knausweg, Lindenstr. 36 statt. Das Programm des Arbeiter-Sportfestes nach die „Freie Turn- und Sportvereinigungen Knausweg“ während der Sportfesten, dem Freitag als Sonntag in eine Knausweg- und Knausweg-Turnfesten zuzurechnen lassen. Da die zur Aufführung des Hifa in Berlin noch nicht möglich ist, werden die Hifa, so ist auch hier unsere Berliner Sportfesten Belegende gebeten, sich jetzt schon den Hifa anzusehen, und dann ein jeder Teilnehmer nach einmal das Fest der Arbeit in Knausweg nehmen. Am Sonnabend nachmittag um 1/2 Uhr findet für die Mitglieder der „Freien Turn- und Sportvereinigungen 1894“ Knausweg eine Extraveranstaltung statt, zu der auch auswärtige Genossen erscheinen können. Ten Genossen, die den Hifa am Sonntag sehen wollen, empfehlen wir, die Nachmittagsvorstellung um 1/2 Uhr zu besuchen.

Arbeiter-Sportklubverein Groß-Berlin, 13. August: Tempel, Zornes-Idyll, 5 Uhr, Platanenstraße 1 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion Ernst Haus, Berlin: für den Inseraten- und geschäftlichen Mittelungen: L. D. G. Haus, Berlin, Berlin - Berlin-Gemeinschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin - Ernst von Gebirg & Heimer, G. m. b. H., Berlin SW. 64, Ritterstraße 75

Hühneraugen
Hornhaut, Schwieler und Warzen beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Dr. Kribbiol
Wirdlich empfohlen! Millionenfach bewährt!
Gegen Fußschweiß und Wundläufen Kukurul-Fußbad!

Zwei Träger guten Kufs.

Maßary Delft
edel wie der Name

Fritzi Maßary
eine Zigarette von Rang

KON LINON

Frauen-Welt

Beilage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Presse

Der Mutter

Wie bist du oft die liebe Kinderweise,
Die — einst — im Dämmerlicht die Mutter sang,
Die rein und feuch und doch so traurig klang,
Wie Gartenrose, mild und leise.

Und ich, noch unberührt vom Taumelkreise
Der Tagesorgen und des Lebens Zwang,
Schließ selig ein; oft leuchtete sie wohl bang,
Mich betend zu der Traumedreie.

Das war! Kein Dank, der noch verbliche,
Trägt meine Kindesohr ihr ab,
Sich schlief sie, fern vom Weltgerüche.

Nun singt ihr, die mir Leben gab,
Das Lied erner Mutterliebe,
Der Wind auf ihrem frühen Grab.

Otto Ricca.

Was Dichter über Frauen denken

Seit jeher ist die Dichtkunst aller Länder und Völker ein mehr oder minder getreuer Spiegel der Frau, ihrer Seele und Sehnsucht ihrer Tüde und Leiden gewesen. Nicht nur passivende Gedanken über die Liebe und Tändeleien zwischen Mann und Frau haben Ausdruck gefunden in Vers und Prosa der Dichter, sondern auch der Kampf des Lebens und die Erfahrung sozialer Missstände, in die mitten hinein die Frau ebenso gut bestraft ist, wie der Mann, spiegelt sich in der Dichtung. So hat Emma Julia Wolff in ihrem Buch „Einsicht“ manche treffliche Worte über alle diese Dinge gesprochen, und ist es auch manchmal bitter genau, so verfährt es doch, weil es hier wahr ist. Emma Julia Wolff hat mit klaren Augen die Tug und die Leiden ihrer Mitmenschen in dienender Stellung beobachtet und den Gehmut und die Feuchheit der Heilighenden, klug umrissen, gegenübergestellt. Besonders darf kommt das zum Ausdruck in dem folgenden Stück aus ihrem oben erwähnten Buch „Einsicht“, das wir hier abdrucken:

„Ach, gnädige Frau, haben Sie Mitleid, das Kind bei und ist so groß!“

„Warum haben Sie den Dienst bei und verlassen?“

Die verheiratete Frau sah mit einem kleinen Lächeln vor sich nieder: „Ja, man will doch auch mal betrüben, man selbst ist nach einem kleinen Heim!“

„Und nach einer Herde von Kindern, die man nicht ernähren kann!“

In den Augen der Frau standen Tränen und mit weicher Stimme sprach sie heraus: „Das ist ja das Schreckliche, die armen, unschuldigen Würmer, die man leiden nicht ohne lassen zu können.“

„Marie! Ich es Hören und Hören Mann nie zum Bewußtsein gekommen, daß Sie ein Verbrechen an Ihren Kindern begehen?“

„Ein Verbrechen? Ich weiß nicht, wie gnädige Frau das meinen. Es ist ja traurig, daß wir so wenig Geld, aber wir können doch nichts dafür.“

„Ihr könnt nichts dafür, daß Ihr in frevelhafter Weise fünf Kinder in die Welt setzt, ohne für sie Brot schaffen zu können?“

„Gnädige Frau!“

„Das ist das Unbillige und Verwerfliche bei Euch armen Leuten, Gedankenlos wie das Vieh lebt Ihr euren Gelüsten, ohne zu fragen, was daraus wird. Und wenn das Unglück da ist, wenn Ihr krank und verbrannt seid, dann sind ja die reichen Leute aus, um Eure Kinder zu ernähren.“

„Wir haben uns doch so lieb!“ —

Die reiche und elegante Frau lächelte natürlich auch diese trübselige Arbeitströge in der Landwirtschaft. Nach der Beruf- und Gewerbebildung von 1887 wurden 4.000.000 weibliche Arbeiter gezählt, während die Zahl der männlichen 5.200.000 betrug. Seit man gegen diese Differenz die bei der Gewerbe- und Betriebsbildung von 1887 fehlenden Jünger, so ergibt sich eine Verringerung an weiblichen Arbeitsträgern um rund 2.000.000, während im gleichen Zeitraum die männlichen Arbeiter um 500.000 abnahmen.

Die ungeheure Zahl weiblicher Arbeiterinnen erklärt sich trotz der Produktion seiner reichen Väter. Zwar ist, so hat die Sozialdemokratie lange gekämpft, die Gewerbebildung befristet. Auch die Arbeitszeit ist nach Maßgabe der landwirtschaftlichen Eigenart auf ein rationelles Maß herabgesetzt. Doch aber hat sich gegenüber den früheren Zuständen kaum etwas geändert. Die Väter sind doch noch nicht den Lebenshaltungskosten angepasst. Und die Wohnungsfrage ist, wie früher, das Gegenstück aller Reformarbeit auf dem Lande.

Die ungeheure Zahl weiblicher Arbeiterinnen erklärt sich trotz der Produktion seiner reichen Väter. Zwar ist, so hat die Sozialdemokratie lange gekämpft, die Gewerbebildung befristet. Auch die Arbeitszeit ist nach Maßgabe der landwirtschaftlichen Eigenart auf ein rationelles Maß herabgesetzt. Doch aber hat sich gegenüber den früheren Zuständen kaum etwas geändert. Die Väter sind doch noch nicht den Lebenshaltungskosten angepasst. Und die Wohnungsfrage ist, wie früher, das Gegenstück aller Reformarbeit auf dem Lande.

Die ungeheure Zahl weiblicher Arbeiterinnen erklärt sich trotz der Produktion seiner reichen Väter. Zwar ist, so hat die Sozialdemokratie lange gekämpft, die Gewerbebildung befristet. Auch die Arbeitszeit ist nach Maßgabe der landwirtschaftlichen Eigenart auf ein rationelles Maß herabgesetzt. Doch aber hat sich gegenüber den früheren Zuständen kaum etwas geändert. Die Väter sind doch noch nicht den Lebenshaltungskosten angepasst. Und die Wohnungsfrage ist, wie früher, das Gegenstück aller Reformarbeit auf dem Lande.

„Wenn müde mich in froher Kindertanz
Im Welt am Abend meine Mutter brachte
Dann sah gebogen sie auf die Kniearbeit
Nach lang bei mir und mochte.
Sie sang dabei ein süßes kleines Lied,
Das klang so hold wie eine Fernweise.
Erstarrung drun noch immer hinter sich
Wir durch die Seele lieh.“

Walt Whitman endlich, der amerikanische Sozialist und berühmte Verfasser des Gedichtbandes „Drumhopper“ sagt von der Frau:

„Das Weib schloß alle Eigenschaften in sich und mildert sie auch,
Es ist an ihrem Ort und bewegt sich in vollem Gleichmaß,
Es ist allerdings geistreich verhält, es ist zugleich toll und lebend,
Es soll Rechte empfangen wie Säugling und Säugling so gut wie Töchter.“

Wenn ich schon meine Seele, geliegt in der Natur,
Wenn ich schon mir durch Hebel, einer in unglücklicher Vollendung.

Gesundheit und Schönheit,
wenn ich schon ein geistiges Haupt und Krone über der Brust gefaltet — denn schon ist das Weib.

Paul Pösch.

Die Frau in der Landwirtschaft

Von Graf Wilh. Neumann

Wohl in keinem anderen Lande sind so viel weibliche Arbeitsträger beschäftigt wie in der Land- und Forstwirtschaft. Nach den letzten Zählungen betreiben über 5 Millionen Frauen die Landwirtschaft im Hauptberuf und außerdem 14 Millionen als Nebenberuf. Zu den die Landwirtschaft als Hauptberuf betreibenden weiblichen Arbeitsträgern rechnet man gemeinlich die „Mäher“ und zu den im Nebenberuf beschäftigten die „Tagelöhnerinnen“. Hierzu kommen noch 350.000 selbständige Landwirtinnen und Pächterinnen und gegen 18.000 Frauen, die als Wirtschaft-, Bedienung- und sonstige Bureaubeamtinnen tätig sind. Die Zahlen sind aber höchst ungenau und beruhen nicht auf Schätzungen. Während des Krieges war natürlich in der Landwirtschaft die Zahl der beschäftigten Frauen erheblich größer.

Schon vor dem Kriege hatten wir eine große Anzahl weiblicher Arbeitsträger in der Landwirtschaft. Nach der Beruf- und Gewerbebildung von 1887 wurden 4.000.000 weibliche Arbeiter gezählt, während die Zahl der männlichen 5.200.000 betrug. Seit man gegen diese Differenz die bei der Gewerbe- und Betriebsbildung von 1887 fehlenden Jünger, so ergibt sich eine Verringerung an weiblichen Arbeitsträgern um rund 2.000.000, während im gleichen Zeitraum die männlichen Arbeiter um 500.000 abnahmen.

Die ungeheure Zahl weiblicher Arbeiterinnen erklärt sich trotz der Produktion seiner reichen Väter. Zwar ist, so hat die Sozialdemokratie lange gekämpft, die Gewerbebildung befristet. Auch die Arbeitszeit ist nach Maßgabe der landwirtschaftlichen Eigenart auf ein rationelles Maß herabgesetzt. Doch aber hat sich gegenüber den früheren Zuständen kaum etwas geändert. Die Väter sind doch noch nicht den Lebenshaltungskosten angepasst. Und die Wohnungsfrage ist, wie früher, das Gegenstück aller Reformarbeit auf dem Lande.

Infolge der veralteten Schulbestimmungen, die jeder Junger nach eigenem Ermessen landwirtlich, ist legt die „Verpflichtung zur landwirtschaftlichen Ausbildung“ getreten. An ihrer Durchführung sind, wie Friedrich Ricca in der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitschrift“ schreibt, in fast allen Stadt- und Landkreisen „Landwirtschaftliche Arbeitervereine“ entstanden. Diese bestehen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den mittleren Tarifverträgen abschließen haben und die auch für ihre Durchführung sorgen. Nur größere Bezirke besitzen „Landwirtschaftliche Tarifämter“, die das neue landwirtschaftliche Tarifsystem zu übernehmen haben. Die notwendig eine Lebensversicherungsanstalt ist, erweist sich aus der Tatsache, daß die Junger die Bestimmungen der Landwirtschaftsordnung häufig ignorieren. Dieser, wenn es sich um die Einhaltung der vereinbarten Tarifverträge handelt, ist, wenn es um die Beachtung der von der neuen Landwirtschaftsordnung vorausgesetzten Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung geht. In dieser Hinsicht sind die Junger unglücklich. Die Arbeit ist schwer, sie hat unglückliche Folgen, wenn die Gewerkschaften es nicht, sie hat unglückliche Folgen, wenn sie abgesehen ist. Sie hat unglückliche Folgen, wenn sie abgesehen ist. Sie hat unglückliche Folgen, wenn sie abgesehen ist.

In der Wohnungsfrage herrschen die früheren Mißstände. Sie sind noch um ein wesentliches mehr, als die Hauptarbeit auch auf dem Lande keine große Förderung erfahren. Die Wohnungen, Öfen oder Ställe, die man den Dienstboten zum Aufnahmestort anweist, sind meistens so klein, daß sich kein Mensch darin wohlfühlen kann. „Während diese unter dem Dache“, heißt es in der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, „abgesehen von allen anderen Unannehmlichkeiten, auf dem Lande oder an anderen Orten, ohne richtige Arbeit und Ruhe, ohne Gehalt für die Arbeiterin und immer wieder kann man es beobachten, eine halbtägige Leichtigkeit, ohne Dien und Licht, ohne richtiges Brot.“ „Wenn ich da die Zeit zur Arbeit auf dem Lande verbracht werden!“ wird in der genannten Zeitschrift mit Recht gesagt.

In der vorletzten Landwirtschaftsordnung findet sich eine Bestimmung, daß die Frauen zur Durchführung der Arbeiten eine Stunde vor Arbeitsbeginn von der Arbeitstätte entlassen werden sollen. Diese Bestimmung hat sich nicht durchgesetzt, die man ohne weiteres voraussetzen sollte. Daraus werden die Frauen bis zum Schluß der Arbeitszeit festgehalten. Die Zeit, mit der die Frau Mensch die weiblichen Arbeiten verrichten muß, um die Familie zu ernähren.

zudehen, wirkt aufreißend und verdirbt das Kernvermögen der frühlichen Frau.

Neben diesen bereits erwähnten Zuständen spielt nicht zuletzt die Frage der Entlohnung für die in der Landwirtschaft tätigen weiblichen Arbeitsträger eine nicht unerhebliche Rolle. Die Berechnung des Verlohns erfolgt für die Arbeiterinnen sowohl in der Höhe als auch in der Zahl der Stunden. Die „Tagelöhnerinnen“ erhalten von Getreide und Kartoffeln. Im Mitteldeutschland waren nach Ricca im November 1921 für Arbeiterinnen folgende Löhne anzurechnen: für solche über 20 Jahre 2,50 M., die Mäher, von 17 bis 20 Jahren 2,00 M., von 16 Jahren 1,50 M., von 15 Jahren 1,70 M., und von 14 Jahre 1,50 M. „Dann treten für die Arbeiterinnen über 17 Jahre an „Tagelöhner“ für jeden weiblichen vollen Arbeitstag von 15. März bis 30. November 5 Pfund gesunde Kartoffeln, auch wie sie der Acker abt, zu bewerten (Sommer 1921) mit 15 Pf., die Stunde“. Im Westfalen-Land und in der Uckermark, wo wir im Dezember 1921 die Verhältnisse prüfen konnten, beweisen sich die Löhne der Arbeiterinnen auf annähernd gleicher Höhe. Im Dezember wurde neben Kartoffeln auch Getreide, wie Weizen, Roggen, Gerste, auf einigen Flächen auch Dales für die Wägenzahl geliefert. Aber die Arbeiterinnen mit ihrer dem Arbeitgeber geleisteten Arbeit so entlohnt werden, daß Viktoria und Gegenleistung im Einklang miteinander stehen. Das ist leider nicht immer, so sagen wir ruhig, überhaupt während der Zeit. Die Mäher wegen Nichtbeachtung der Frau stehen wegen Nichtbeachtung der Bestimmungen der Landwirtschaftsordnung aus.

Die gewerkschaftliche Organisation der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen erst nach sehr langsam vorwärts. Am Schluß des dritten Vierteljahres 1912 zählte der Landwirtschaftsverband unter seinen 17.237 Mitglieder 608 Frauen. Bis zum dritten Quartal 1914 war die Mitgliederzahl auf 2150 gestiegen, darunter 1070 Frauen. Am 30. September 1917 wurden 7970, darunter 2108 weibliche Mitglieder gezählt. Nach dem 8. November 1918 ging die Mitgliederzahl in den ersten Monaten 1919 zurück in die Höhe. Am Schluß des Vierteljahres 1919 wurden bereits 15625 organisierte Landwirtschaftsarbeiterinnen gezählt, am 31. Dezember 1920 waren es nur etwas Tausend mehr und am 31. Dezember 1921 waren es 17.000. Diese Differenz haben in seinem Verhältnis zu der Mitgliederzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen. Immerhin, der Mangel ist gewandt und so die gewerkschaftliche Organisation vorwärts geht, da fällt auch die politische auf fruchtbarer Boden.

Rinderimport

Die man weiß, ist Frankreich schon längst infolge der sinkenden Geburtenzahl von Entvölkerung bedroht. Noch nie zuvor hat aber eine Volkszählung so dramatische Differenz aufgewiesen, wie die vom Jahre 1921, deren Ergebnisse jedoch veröffentlicht worden sind und einer Gesamtbevölkerung von nur 39,2 Millionen Seelen zeigen. Die Volkszählung zeigt weiter, daß in Frankreich die Geburten die Sterbefälle nur um 140.000 jährlich übersteigen, gegenüber 500.000 in England und 800.000 in Deutschland. Noch schlimmer ist aber, daß bei weiterer Einfließen der Geburtenminderer in dem seit dem Kriege beobachteten Ausmaß schon im Jahre 1925 die Zahl der Todesfälle die der Geburten um mehrere Hunderttausend übersteigen wird, was die Gefahr des Aussterbens der Nation in drohliche Nähe rückt. Auch die elterliche Propaganda zur Vermehrung der Rinderzahl, die die Franzosen betrieben haben, hat nichts gebracht, und man plant man, Rinder, hauptsächlich Kühe, aus anderen Ländern zu „importieren“, einmal, um dem Lande neues Blut zuzuführen, dann aber, um der Entvölkerung Einhalt zu tun. Schon in den letzten Jahren sind aus den nordwestlichen Küsten Kühe infolge der hohen Rinder, von denen die weißen kaum über zwei Jahre alt waren, übernommen worden, aber wieder nur aus wirtschaftlichen Gründen, um die Rinder vom Aussterben zu erretten. Erst endlich wurden tausend polnische Rinder auf die französischen Vorküste verlegt. Gegenwärtig warten in Konstantinopel zweitausend kleine Kühe darauf, nach Frankreich verschifft zu werden. Dagegen haben jetzt aber unverantwortliche die aufzubringen solcher Einfließen erhoben, mit der Begründung, Frankreich bekäme sich nicht zur wirtschaftlich-ethischen Höhe. Aber auch im Lande selbst werden sich Gegner gegen den „Rinderimport“ im großen. Man befürchtet, durch den fremden Einfließen einen Schaden, der die Rasse ungünstig beeinflusst.